Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 20. **Donnerstag den 25. Januar 1900.** 7. Jahrgang.

Erinnerungen.

Die feindliche Behandlung, die der selbstständigen Arbeiterbewegung nun schon seit ca. 30 Jahren — seit der Errichtung des neuen Deutschen Reiches — von den herrschenden Gewalten und Parteien widerfährt, läßt es angezeigt erscheinen, einmal die Erinnerung an die Thatsache wachzurufen, daß es eine Zeit gab, wo diese Faktoren allen Ernstes darauf bedacht waren, die Bewegung ihren Zwecken dienstbar zu machen. Des Umstandes, daß Bismarck sich bemühte, Lassalle und die von ihm geschaffene Arbeitervereinigung für seine in erster Linie auf die „Niederwerfung und Zähmung der widerspenstigen liberalen Bourgeoisie“ und die Konstruirung eines „sozialen Königthums“ gerichtete innere Politik zu gewinnen, sei hier nur nebenbei gedacht. Wichtiger für den Zweck unserer Betrachtung ist, ins Auge zu fassen, wie sich die „maßgebenden“ Kreise und die Wortführer der nachmals als „staatserhaltend“ bezeichneten politischen Richtungen zu den Bestrebungen der Arbeiter, besonders soweit dieselben gegen den Kapitalismus gingen, stellten. Da kommen zunächst folgende Thatsachen in Betracht.

Die liberale Bourgeoisie, die ihre politische Organisation in der sogenannten „Fortschrittspartei“ hatte, befürchtete nicht ohne Grund, daß die von Lassalle hervorgerufene Bewegung den Einfluß, den der Liberalismus bis dahin auf einen Theil der Arbeiterklasse auszuüben vermochte, zerstören werde. Aus der Arbeiterklasse heraus, unabhängig vom Liberalismus, machte sich mehr und mehr das Verlangen nach der Koalitionsfreiheit geltend. Selbständig, aus eigener Initiative für diese Konsequenz ihrer eigenen Freihandelslehre einzutreten, das fiel der liberalen Bourgeoisie gar nicht ein. Der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe bekonnte sie sich „im Prinzip“ für die Koalitionsfreiheit, nachdem sie gesehen hatte, daß die Arbeiter Ernst machten, diese Freiheit sich zu erkämpfen. Da erlebte man denn im Jahre 1864, daß liberale Großindustrielle bei der preußischen Regierung um Aufhebung der Koalitionsverbote petitionirten und daß der von den Manchesterleuten beherrschte „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ eine Agitation für die Koalitionsfreiheit ins Werk zu setzen beschloß. Es war ein demagogisches Kunststückchen, das die Arbeiter gar bald durchschauten. Das liberale Unternehmerthum wollte eine Koalitionsfreiheit von der Art, wie sich noch heute von den herrschenden Klassen erstrebt wird, eine „Koalitionsfreiheit“ mit Strafbestimmungen gegen ihren „Mißbrauch“. Es war besonders auf die kriminelle Bestrafung des Vertragsbruches abgesehen, natürlich nur für die Arbeiter. Die Bestimmungen der §§ 183 und 184 der preußischen Gewerbeordnung, die „groben Ungehorsam“ und „beharrliche Widersetzlichkeit“ der Arbeiter mit Geld- und Gefängnißstrafe bedrohten, dachten die Führer der Fortschrittspartei, Schulze-Delitzsch und Faucher, retten zu können. Die Arbeiter gaben demgegenüber in zahlreichen Versammlungen und Petitionen ihrem Verlangen nach der unbeschränkten Koalitionsfreiheit energisch Ausdruck. Als es dann (Februar 1865) im preußischen Abgeordnetenhause zur Verhandlung der Koalitionsrechtsfrage kam, bezeichnete Faucher die Trades Unions als „reaktionäre Ueberbleibsel der mittelalterlichen Zünfte“. Und Schulze trat der Forderung nach dem unbeschränkten Koalitionsrechte mit der Mahnung gegenüber: „Entfesseln Sie die Bestie nicht!“ Der Handelsminister v. Itzenplitz aber gab die offizielle Erklärung ab, daß die Regierung bereit sei, das Koalitionsrecht zu gewähren. Zugleich kündigte er die Niedersetzung einer aus Arbeitern und Unternehmern gebildeten Kommission zur Untersuchung der Arbeiterfrage an.

Einige Wochen später brach die erste größere Arbeitseinstellung in Deutschland aus. Im Königreich Sachsen gab es bereits seit einigen Jahren eine Art Koalitionsfreiheit. Die Leipziger Buchdrucker traten in einen Kampf für Lohnerhöhung ein. Sie wurden von der liberalen, selbst der bürgerlich demokratischen Presse mit frivoler Beschimpfung überhäuft, während die offiziöse und die reaktionäre Parteipresse in Preußen es gerathen fand, sich eines objektiven Urtheils zu befleißigen. Die „Kreuzztg.“ z. B. brachte aus Anlaß des Streiks, sowie in Rücksicht auf die Arbeiterbewegung überhaupt öfter Artikel, die von der liberalen Presse kritisirt wurden als „diktirt von dem Bestreben, an der künstlichen Scheidung zwischen Bürgerthum und Arbeiterklasse mitzuwirken.“ Auch in der offiziösen Presse fanden sich damals und auch noch später des öfteren Ausführungen, die durchaus danach angethan waren, den Zorn des Unternehmerthums zu erregen. So brachte die „Nordd. Allgemeine Ztg.“ am 16. Februar 1867 einen „Die wirthschaftliche Willkürherrschaft“ überschriebenen Artikel, in welchem folgende Stelle vorkommt: „Es ist in erster Linie Bedacht zu nehmen auf eine Umgestaltung des Verhältnisses, wie es sich zwischen Kapital und Arbeit vorfindet, und es ist dafür zu sorgen, daß die wirthschaftliche Willkürherrschaft allgemeinen Rechtsgrundsätzen unterworfen werde.“

Solch scheinbar objektives Eingehen auf die Bestrebungen der Arbeiter hatte lediglich den Zweck, die Arbeiter den Interessen der reaktionären Politik dienstbar zu machen. Unter demselben Gesichtspunkte ist auch die Hergabe des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu beurtheilen.

Von dem Zeitpunkte an, wo es für die Mächte der Reaktion feststand, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, unbeirrt von allen Lockungen und Scheinkonzessionen, selbständig ihre eigenen Wege gehen werde, änderte sich das Verhalten ihr gegenüber. Das Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit, die Willkürherrschaft des Kapitals über die Arbeit, erfuhr keine Umgestaltung, wohl aber eine stetige Verschärfung zu Ungunsten der Arbeiter. Die neueste Frucht der dahingehenden Bestrebungen war die Zuchthausvorlage.

Bekanntlich befinden sich im Zentrum, seitdem dasselbe „Regierungspartei“ geworden, zahlreiche Elemente, die in der Frage der Arbeiterkoalition und des Koalitionsrechts mehr oder weniger auf dem Standpunkte der entschiedenen Reaktion stehen. Nur die Rücksicht auf den Umstand, daß eine große Masse katholischer Arbeiter dem Zentrum bei den Wahlen ꝛc. Gefolgschaft leistet, hält jene Elemente davon zurück, sich offen als Gegner des Koalitionsrechts zu bekennen. Aber sie benutzen jede Gelegenheit, zu versichern, daß sie gern bereit seien, die Hand zu bieten zur gesetzlichen Bekämpfung der „Mißbräuche“ des Koalitionsrechts, und unausgesetzt sind sie bemüht, die dem demokratischen Sozialismus Rechnung tragende selbständige Arbeiter-Organisation und -Koalition, ihre Streiks u. s. w. zu verunglimpfen.

Es kann nicht schaden, diesem Treiben gegenüber zu erinnern an ein Urtheil, das vor dreißig Jahren, 1869, einer der energischsten Verfechter der ultramontanen Politik, der Mainzer Bischof von Ketteler, in seiner Schrift über „Die Arbeiterbewegung und ihr Streben“ abgab. Er sagt dort:

„Die Grundrichtung, welche der ganzen Bewegung im Arbeiterstande ihre Bedeutung giebt und ihr eigentliches Wesen ausmacht, ist auf Verbindung, auf Vereinigung der Arbeiter gerichtet, um so mit vereinter Kraft die Interessen der Arbeiter geltend zu machen. Diese Richtung der Arbeiter ist nur in Folge der volkswirthschaftlichen Grundsätze, die seit der französischen Revolution zur Geltung gekommen sind und in allen Staaten die unbedingte Herrschaft mehr und mehr erlangt haben, eine wahre Naturnothwendigkeit geworden, und die Religion hat daher gegen die Bestrebungen an sich nichts zu erinnern; sie kann sie nur segnen, ihnen zum Heil des Arbeiterstandes Erfolg wünschen und sie unterstützen.“

Aber Ketteler sah in diesen Bestrebungen etwas anderes als das, was sie nach den Wünschen der jetzigen Zentrumsführer sein sollen. Diese möchten den entschiedenen Kampf der Arbeiter gegen das Kapital möglichst verhindern, die Arbeiter mit Vertrauen erfüllen zu der sogenannten „christlichen Gerechtigkeit“ der Herren Unternehmer.

Ketteler aber erklärte: die Arbeiterorganisation habe die Aufgabe, dem Zertreten der Menschenkraft und der Menschenwürde durch die Geldmacht entgegenzuwirken. „Die Gottlosigkeit des Kapitals, das den Arbeiter als Arbeitskraft und Maschine bis zur Zerstörung ausnutzt, muß gebrochen werden. Sie ist ein Verbrechen am Arbeiterstande und eine Entwürdigung desselben.“

Wo ist heute noch ein Zentrumsmann, der es wagte, so zu sprechen? Die Herren Dr. Lieber und Genossen eifern nicht gegen die „Gottlosigkeit des Kapitals“, sondern gegen die „Gottlosigkeit der Arbeiter“, die es ernst nehmen mit dem Kampf für ihr Menschenrecht und ihre Menschenwürde; sie sehen in der kapitalistischen Wirthschaft kein Verbrechen am Arbeiterstande, sondern einen Theil der „unantastbaren Ordnung“, und ihre ganze Politik läuft darauf hinaus, die katholischen Arbeiter unter den leitenden Einfluß des katholischen Unternehmerthums und der ihm verbündeten Geistlichkeit zu bringen, damit sich die Arbeiter ja nicht unterfangen, von ihrem Koalitionsrecht selbstständig Gebrauch zu machen.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.“)

Berlin, den 23. Januar 1900.

Der Reichstag setzte in seiner heutigen Sitzung, die sich eines etwas besseren Besuches, als die gestrige erfreute, die Berathung über die Novolle zur Unfallversicherung fort. Der freisinnige Volksparteiler Fischbeck, in Lennep-Mettmann gegen einen Sozialdemokraten durch die reaktionären Masse gewählt, hielt eine begeisterte Lobrede auf die Vorlage, pries im Stile der Kreisblätter und Traktätchen, was alles für die Arbeiter geschehen sei, und erging sich in heftigen Angriffen auf die Sozialdemokraten, die die Arbeiter „begehrlich“ machen. Am Schluß seiner Rede beantragte er, eine Kommission von 28 Mitgliedern zu wählen, während Trimborn vom Zentrum gestern eine solche von 21 Mitgliedern beantragt hatte. Sodann bestieg der „heilige“ Paasche die Tribüne. Der nationalliberale Redner spann den Faden weiter, den der freisinnige angesponnen hatte; er schalt wie ein Rohrspatz auf die unzufriedenen Sozialdemokraten und hatte im Uebrigen an der Vorlage nur zu tadeln, daß sie seiner geliebten Landwirthschaft nicht genügend entgegenkomme. In dieselbe Kerbe hieb der westpreußische „Hof“-, d. h. also wohl Gutsbesitzer (nebenbei Reserveleutnant) Doerksen von der Reichspartei. — In dem bürgerlichen Chorus, der trotz einiger Ausstellungen die Vorlage mit vollen Backen pries, wollte selbst die süddeutsche Demokratie nicht unvertreten sein; der Ansbacher Baumeister und Gemeindebevollmächtigte Eckart vertheidigte fast begeistert die Berufsgenossenschaften gegen die gestrigen Angriffe Stadthagens. Es war Herrn Eckarts Jungfernrede, obwohl derselbe bereits ein Mann im Anfang der fünfziger Jahre ist; verstanden wurde im übrigen von der Jungfernrede nicht allzuviel, da er der Journalistentribüne den Rücken zuwandte. — Nunmehr, nachdem sich alle Parteien (von Polen, Welfen usw. abgesehen) über Vorlage geäußert, hielt Genosse Molkenbuhr gründliche Abrechnung ab. Hatte Stadthagen gestern in seiner Rede besonders unseren prinzipiellen Standpunkt betont, von dem aus wir den vollen Schadenersatz, wie ihn bürgerliches Recht und bürgerliches Gesetzbuch in allen sonstigen Fällen verlangen, auch für die Arbeiter in Anspruch nehmen, so ging Molkenbuhr mehr auf die praktischen Fragen ein und wies besonders nach, daß in zahlreichen Fällen, namentlich bei Landarbeitern und Seeleuten, die sogenannte Vollrente in der That nicht, wie prahlerisch behauptet wird, die $66^2/_3$ pCt. erreicht. Unsere Zustimmung zu der Vorlage, so führte Molkenbuhr zum Schlusse aus, werde davon abhängen, ob es in der Kommission gelingen werde, die gerügten Fehler und Mängel zu beseitigen. Nach einer belanglosen kurzen Rede des Reichsparteilers Höffel erhob sich Staatssekretär Graf Posadowsky (er hatte bisher an dem kleinen sog. Referententische rechts vom Rednerpulte gesessen) zu einer kaum belangreicheren Erwiderung, durch die es ihm keineswegs gelang, die Ausführungen Molkenbuhr's zu entkräften. — Damit schloß die erste Lesung der Novelle, die alsdann gemäß dem freisinnigen Antrage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen wurde. Nunmehr wandte sich das Haus der weiteren Berathung des Etats des Reichsjustizamts zu. Dr. Pachnicke von der freisinnigen Vereinigung übte, von dem Centrumsmann Kirsch und dem Nationalliberalen Sattler sekundirt, Kritik an gewissen Rechtseigenthümlichkeiten des Landes mit dem Ochsenwappen, die der Mecklenburger Rettich durch einen Hymnus auf die altfränkische Verfassung seines geliebten Heimathlandes vergebens zu wiederlegen suchte. Ferner vertheidigte der Ultramontane Schmidt-Warburg mit Schärfe das Berliner Landgericht gegen die Vorwürfe des sächsischen Ministerialdirektors. — In der morgigen Sitzung stehen

der Etat des Reichsschatzamts und die Anträge auf Erlaß eines Berggesetzes auf der Tagesordnung.

---

133. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky.

Die Berathung der Novelle zu den Unfallversicherungsgesetzen wird fortgesetzt.

Fischbeck (FVp.): Im Großen und Ganzen stehen wir dem Gesetzentwurf freundlich gegenüber. Ich freue mich, daß hier die Einrichtung der Rentenstellen nicht benutzt ist. Daß die Renten nur durch schriftliche Abstimmung bei den Berufsgenossenschaften festgestellt werden, wie Abgeordneter Rösicke behauptete, ist durchaus nicht immer der Fall. Bei Einrichtung der Rentenstellen würden zahlreiche Rekurse der Berufsgenossenschaften eingelegt werden, sodaß die Arbeiter noch länger auf die Renten würden warten müssen. Die territoriale Regelung der Schiedsgerichte, gegen die sich gerade Herr v. Stumm gewendet hatte, widerspricht der Behauptung des Abgeordneten Stadthagen, alle bürgerlichen Parteien wären vor dem Zentralverband der Industriellen zurückgewichen. Erwünscht wäre uns die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Hausindustrie. Einverstanden sind wir mit der Einschränkung der Karenzzeit sowie damit, daß in schweren Fällen die Rente erhöht werden kann. Ebenso erklären wir uns dafür, daß bei kleinen Renten eine einmalige Abfindungssumme gezahlt werden kann. Was die Vermögensverwaltung anlangt, so bedauern wir, daß es nicht gestattet ist, das Vermögen in Pfandbriefen der Hypothekenbanken anzulegen, die doch in den andern Bundesstaaten als mündelsicher gelten. Hoffentlich gelingt es der Kommission, hier eine Erweiterung der Vorlage durchzusetzen. Wenn es nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches ginge, würden sicher viel weniger Renten gezahlt werden können. Die Behauptung des Herrn Stadthagen, daß die Unternehmer alles thun, um die Renten herabzusetzen, ist unrichtig. (Sehr richtig! links.) Das Umgekehrte ist der Fall. Er meint ferner, die Unfälle würden nur verhütet werden, wenn Arbeiter zur Kontrolle zugezogen würden. Aber der Gedanke ist undurchführbar. Die Zuziehung der Arbeiter kann aber sogar schädlich sein, da die Unfallverhütungsvorschriften häufig bei den Arbeitern sehr unbeliebt sind. Ebenso unberechtigt ist der Vorwurf, die Aerzte der Berufsgenossenschaften gingen im Allgemeinen darauf aus, die Rente der Arbeiter zu beschneiden. Namentlich an kleineren Orten würde ein Arzt, der einem Arbeiter ein ungünstiges Attest ausstellt, auf's Schlimmste drangsalirt werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nach einer früheren Erklärung des Abgeordneten Singer haben die Sozialdemokraten durch ihre Abstimmung beim Invaliditätsgesetz zugegeben, daß in diesem Gesetze die Mindestforderungen der Arbeiter erfüllt sind, und ich glaube, daß auch in diesem Falle die Sozialdemokraten trotz der vielen Einwürfe die Fortschritte anerkennen müssen.

Dr. Paasche (NL.): Fast alle bürgerlichen Parteien stehen dem vorliegenden Gesetze freundlich gegenüber, nur Herr Stadthagen hat von einem lumpigen Almosen an die Arbeiter gesprochen. Die Lust, für die Arbeiter zu sorgen, wird er dadurch nicht stärken. Aber trotzdem begrüßen wir das Gesetz als einen wesentlichen Fortschritt. Der große Vorzug der berufsgenossenschaftlichen Organisation ist doch immer, daß hier Berufsgenossen über Berufsgenossen urtheilen. Hoffentlich werden wir es in der Kommission durchsetzen, daß zu den Schiedsgerichten stets auch einige Berufsgenossen des Verletzten zugezogen werden müssen, nicht blos dürfen. In Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit muß die Rente auf 100 pCt. erhöht werden. Die Arbeiter sind keineswegs immer Engel, als die der Abgeordnete Stadthagen sie alle gern hier hinstellen möchte. Häufig findet man unter ihnen auch Simulanten, die aus jedem kleinen Unfall möglichst viel herausschlagen möchten. Bei einem Unfall soll der Verletzte nichts verdienen; er soll nur vor Schaden bewahrt bleiben. Die Kommission möge bei ihren Berathungen das Gute im Auge behalten, ev. auch ohne daß die Sozialdemokraten dabei helfen.

Molkenbuhr (SD): Der Satz, den sich die Herren Dr. Fischbeck und Dr. Paasche zu eigen gemacht haben, daß es unter allen Umständen verhindert werden müsse, daß ein Unfall zum gewinnbringenden Ereigniß wird, bedeutet ins Praktische übersetzt: Die Arbeiter haben die körperlichen und seelischen Schmerzen, den Verlust von Angehörigen zunächst ganz unentgeltlich zu tragen. Die Unterstützung aber soll unter allen Umständen hinter dem Satz zurückbleiben, den der Verletzte als Vermögensverlust gehabt hat. Es wird als allgemeines Unglück angesehen, wenn hier und da einmal ein Arbeiter eine Rente erhielt, die dem Lohn entspricht, den er früher bezog, und es erscheint als Aufgabe der Gesetzgebung, einem solchen Glückspilz den Vermögensvortheil wieder abzujagen, während man sich um die nicht weiter zu kümmern braucht, die eine erhebliche materielle Einbuße erlitten haben. Herr Fischbeck sprach von der sogenannten Gewöhnungsrente. Dazu gehört, daß man einfach sagt: Auch an schwere Unfälle muß der Mensch sich gewöhnen. Herr Fischbeck sprach von dem Manne, der einen Finger verlor und sich so gewöhnte, daß er mit neun Fingern ebenso gut arbeiten kann, wie mit zehn Fingern. Nun, wenn sich das Spiel zehn Mal wiederholt, wie steht es dann mit der Gewöhnung? Nach dem Verluste eines Fingers muß der Arbeiter manche Arbeit unterlassen, die er noch thun könnte, hätte er alle Finger. Herr Fischbeck macht den Arbeitern gewissermaßen Vorwürfe, daß sie mit der Rente nicht zufrieden sind, auch wenn ihnen das höchste Maß bewilligt ist. Das liegt aber daran, daß der schlichte Arbeiter, der 66⅔ pCt. bekommen soll, thatsächlich aber nur 450 Mk. als Vollrente auf 1200 Mk Verdienst bekommt, nicht so leicht das Hexen-Einmaleins der Reichspolitik begreifen kann, daß 450 Mk. 66⅔ pCt. von 1200 Mk. Jahresarbeitsverdienst sind. Herr Fischbeck hat die steigende Zahl der Unfälle auf die Simulationen zurückgeführt; aber ich weise darauf hin, daß die Zahl der tödtlichen Unfälle, bei denen doch von Simulation nicht gut die Rede sein kann, von 5185 auf 7800 gestiegen ist. Herr Paasche hat über die große Belastung der Unternehmer durch die Kosten der Unfallversicherung geklagt. Die Statistik der Aktiengesellschaften zeigt aber, daß ihre Profite trotz dieser angeblich so hohen Lasten von 1884 bis 1898 immer gestiegen sind. Nun zur Belastung der Landwirthschaft: Die hannoversche hat 1898 1 177 194 Mk. für 638 695 Versicherte aufgebracht, also für jeden einzelnen Versicherten eine Ausgabe von 1,86 Mk. Das macht auf den Arbeitstag gerechnet etwas über ½ Pfg. An dieser Last kann wohl die hannoversche Landwirthschaft nicht zu Grunde gehen. (Sehr richtig! bei Soz.) Meinem Parteigenossen Stadthagen ist der Vorwurf gemacht worden, daß er gestern den Gedanken der Haftpflicht ganz besonders betont hat. Der Gedanke des Haftpflichtgesetzes, daß der Unternehmer unter allen Umständen für den Schaden haften muß, wenn er nicht das Walten einer höheren Gewalt nachweisen kann, war unstreitig ein ganz gesunder. In der Reichsgesetzgebung aber wird der beste Gedanke zur Carricatur, wenn er auf den Arbeiter angewandt wird. Man rühmt das Unfallversicherungsprinzip als viel humaner, als das der Haftpflicht, weil man auf Grund des ersteren auch durch Verschulden der Arbeiter herbeigeführte Unfälle entschädigt. Diese Verschuldung ist sehr minimal. Wenn ein Arbeiter durch übermäßig lange Arbeitszeit körperlich angestrengt thätig ist, dann ist seine geistige Energie früher zu Ende, als er körperlich zusammenbricht. Dann ist er in einem Zustande, wo ihm alles gleichgültig ist, und dann kommen die meisten Fälle der sog. Verschuldung der Arbeiter vor. Die Unfälle, die durch seine Ueberanstrengung herbeigeführt werden, müssen zu den Unfällen gerechnet werden, wo die Schuld den Unternehmer trifft. Und wer giebt denn die Rente? Der Unternehmer hat sich dadurch gedeckt, daß er zunächst auch dem unverschuldet verunglückten Arbeiter ein Drittel seiner eigentlichen Forderung abgezogen hat. Genau genommen geben also die Wittwen, Waisen und Krüppel die Mittel zur Durchführung des humanen Gedankens. — Die Mehrheit des Reichstags glaubt vielleicht, es werde wirklich 66⅔ pZt. des erlittenen Schadens vergütet. Bei den 7 Millionen, die in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versichert sind, wird nicht ohne weiteres 66⅔ pZt. gegeben, sondern nur dann, wenn der Lohn des Arbeiters unter 4 Mk. pro Tag beträgt; sobald er 4 Mk. übersteigt, hört es mit den 66⅔ pZt. sofort auf. Zu bedenken ist dabei noch, daß 4 Mk. vom Jahre 1884 nicht gleichwerthig sind mit 4 Mk. von 1899. (Sehr wahr! bei den Soz.) Vom Reichskanzler bis zum Landbriefträger sind höhere Sätze eingestellt, nicht um die Leute wirthschaftlich besser zu stellen, sondern um ihnen unter den veränderten Bedingungen dieselbe Lebensweise zu ermöglichen wie früher. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Zahl der Arbeiter, die mehr als 4 Mk. verdienen, ist heute weit größer als 1884. Von ihnen erzählt man natürlich, sie bekommen 66⅔ pZt. Das würde 934⅓ Mk. ausmachen. In Wirklichkeit bekommen sie aber nur 800 Mk. Hierzu tritt noch die große Zahl der bei landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen, 11 Millionen Menschen. Die Agrarier haben uns oft vorgerechnet, daß die Landarbeiter 1200 Mk. verdienen. Danach müßten sie bei voller Erwerbsunfähigkeit eine Rente von 7—800 Mk. haben. Im Kreise Allenstein z. B. wird aber nur ein Durchschnittsverdienst von 300 Mk. angenommen. Der erwachsene männliche Arbeiter erhält also dort bei vollkommener Erwerbsunfähigkeit 200 Mk. Rente. (Hört! hört! bei den Soz.) Die Arbeiter, die so etwas nicht glauben, sind natürlich Reichsfeinde. Die 66⅔ pZt. werden zur reinen Fabel. Ebenso bei den Seeleuten. Der Heizer eines Schnelldampfers sollte nach seinem Gehalt 780 Mk. bekommen, bekommt aber nur 450 Mk. (Hört! hört! b. d. Soz.) Stirbt er, erhält seine Wittwe statt 228 Mk. nur 99 Mk. (Hört! hört! bei den Soz.) Man sollte ruhig sagen, die Höhe der Rente wird von dem Reichskanzler oder den Behörden nach Belieben festgesetzt. Das wäre wenigstens offenherzig. — Bei der Festsetzung der Renten haben eigenartige Grundsätze Platz gegriffen. Die volle Erwerbsunfähigkeit scheint noch nicht angenommen zu werden, wenn ein Arbeiter beide Beine und einen Arm verloren hat, weil er dann noch als Portier in einer Portierbude sitzen kann. Ein thatsächlich sächlicher Krüppel ist darauf angewiesen, noch irgend ein Gewerbe zu ergreifen. — Herr Trimborn schlägt vor, neben der Vollrente die Klasse der vollständig Hülflosen einzusetzen. Vielleicht wird dadurch die Berufsgenossenschaft etwas mehr belastet. Die Statistik der Renten zeigt einen ständigen Rückgang der Durchschnittsrenten. Allerdings ist die Unfallversicherung ausgedehnt auf die Gefangenen. Aber seine Rente ist viel zu kärglich, als daß er davon leben könnte. Warum erstreckt sich das Gesetz nicht auch auf die Güterpacker-, Lager, Schauer und Stauer. Da sehen Sie gleich die Halbheit der Vorlage. Die in den landwirthschaftlichen Nebenbetrieben thätigen Arbeiter haben im Durchschnitt einen höheren Lohn als die landwirthschaftlichen Arbeiter, ihre Rente aber ist dieselbe. Zu wunderbaren Erscheinungen führt auch das Unfallherecht. Die Gewährung der Rente wird hier von der Erfüllung aller gesetzlichen Formalitäten abhängig gemacht. Auf Erfüllung dieser Formalitäten wird aber nur dann besonders genau gesehen, wenn eine Entziehung der Rente dadurch ermöglicht wird. — In vielen Fällen nimmt leider die Unfallunterstützung den Charakter einer Armenunterstützung an. — Eine Wittwe läßt ihren Sohn ausbilden. Sie wendet die letzten Ersparnisse an, um ihn etwas Tüchtiges lernen zu lassen. Da verunglückt er. Die Wittwe erhält aber keine Rente, weil vor dem Unfall der Sohn nicht der Ernährer seiner Mutter war. Das ist eine große Härte. — Es ist gelegentlich hier mitgetheilt worden, daß eine Reihe von Staaten die Rente auch weiter zahlen, wenn die Betreffenden ins Ausland gehen. Bei uns verlieren solche Arbeiter nach der Vorlage jeden Anspruch auf Rente. Man sollte ihnen doch mindestens vollständige Kapitalisirung der Rente zubilligen. — Bei der Ausgestaltung der Unfallverhütung sollte man erheblich weitergehen. Vor allem muß die Kontrolle eine ganz andere werden. Ob die Kontrolle durch die Berufsgenossenschaften selber wünschenswerth ist, möchte ich sehr bezweifeln. Beim Hamburger Hafenarbeiterstreik verlangten die Arbeiter die Einsetzung eines Hafeninspektors, weil die Unfallverhütungsvorschriften in grober Weise verletzt worden waren. Der Inspektor konstatirte diese grobe Verletzung. Eine Meldung an den Vorstand der Berufsgenossenschaft hatte aber wenig Erfolg, denn als die Herren die Sache untersucht hatten, war das Schiff längst auf dem Ocean und die Strafe wurde nicht fällig. (Hört! Hört! b. d. Sozialdem.) — Das Gesetz wird gründlich durchberathen werden müssen. Gelingt es uns nicht, die grundsätzlichen Bedenken, die wir vorgebracht hatten, zu beseitigen, so werden wir ihm schwer unsere Zustimmung geben können. (Beifall b. d. Sozialdem.)

Staatssekretär Graf Posadowsky. Der Herr Abgeordnete Molkenbuhr hat wieder den Vorwurf erhoben, daß die Heuersätze falsch berechnet würden. Es ist ihm aber sehr wohl bekannt, daß die Reichsorgane gerade jetzt mit der genauen Ermittelung des richtigen Durchschnittssatzes der Heuer beschäftigt sind. Wenn auch der Durchschnitt der landwirthschaftlichen Lohnsätze in einzelnen Fällen nicht richtig bemessen werden sollte, so muß es dem betr. Rentenempfänger überlassen bleiben, dagegen Widerspruch zu erheben. Die Behauptung, die Unternehmer hätten ein Interesse daran, die Unfallverhütungsvorschriften nicht zu befolgen, ist durchaus falsch. Sie sind eventuell sogar strafrechtlich verantwortlich.

Damit schließt die Debatte.

Die Vorlage wird einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Berathung des Justizetats beim Titel „Staatssekretär".

Dr. Pachnicke (FVg.): Ich komme auf die Uebertragung von Vormundschaftssachen an mecklenburgische Gutsherren zurück. Diese Uebertragung entspricht allerdings dem dort seit lange bestehenden Recht. Die Aufrechterhaltung desselben ist sehr bedauerlich. Auch Mecklenburg sollte sich endlich dem konstitutionellen deutschen Verfassungswesen anpassen. Der jetzige Großherzog hat bei seinem Regierungsantritte von seinen Unterthanen „unweigerlichen Gehorsam" verlangt. Nach dem Reichsgesetze ist aber jeder Staatsbürger nur dem Gesetze Gehorsam schuldig. (Bravo! links.) Das Reich darf nicht Tausende von Unterthanen der Rechtlosigkeit überlassen. Warten Sie mit dem Eingriff in die Rechte des Einzelstaates nicht, bis alle mecklenburgischen Wahlkreise in die Hände der Sozialdemokraten gefallen sind. (Bravo! links.)

Kirsch (Z): Ich kann erklären, daß wir auf dem Standpunkte des Vorredners stehen. (Bravo! links.) Mit der Heraufsetzung der Strafmündigkeitsgrenze auf 14 Jahre sind wir einverstanden. Die Regelung der Frage einer Erweiterung der Zwangserziehung für jugendliche Verbrecher ist nicht so einfach. Die Mädchen sind meist viel früher entwickelt als die Knaben. In vielen Fällen wird die Unterbringung in Erziehungsanstalten nichts nutzen. Redner empfiehlt dem Reichsjustizamt weiter zwecks guter und einheitlicher Rechtsprechung, bei Besetzung der Reichsgerichtsrathsstellen sehr vorsichtig zu sein, und regt eine einheitliche Regelung der Gerichtskosten für die freiwillige Gerichtsbarkeit von Reichswegen an.

Schmidt-Warburg (Z.): Der sächsische Bundesraths-Bevollmächtigte hat bei Besprechung des Urtheils des Berliner Landgerichts in Sachen „Vorwärts" wegen Beleidigung des sächsischen Oberlandesgerichts dieses in Schutz genommen, was ich dem Herrn Geh. Rath nicht verdenke, dann aber gesagt: „Das Berliner Urtheil hätte prüfen sollen, ob der Artikel des „Vorwärts" beleidigend war, aber keinen Wahrheitsbeweis zulassen dürfen." Das ist ein juristisches Urtheil über ein juristisches Urtheil, aber es ist durchaus unzutreffend. Denn ich stelle fest, daß die Anklage gegen den „Vorwärts" aus § 186 erhoben war, der den Wahrheitsbeweis ausdrücklich zuläßt und Straflosigkeit vorschreibt, wenn dieser Beweis der Wahrheit glückt. Das gute Berliner Landgericht, das ich vertheidigen zu müssen glaubte, hat vollkommen korrekt gehandelt und der Geh. Rath Fischer befindet sich im Unrecht. (Beifall im Zentr. und links.)

Rettich (K.): Die mecklenburgische Verfassung ist hier eigentlich bei den Haaren herangezogen worden. Das Zentrum hielt früher den Reichstag für inkompetent zur Erörterung solcher Fragen. Aenderte das Zentrum seine alte Auffassung, wie man etwa ein schmutziges Hemd ablegt? (Unruhe im Zentrum). Herr Pachnicke ist ein schlechter Prophet. Vorläufig machen in Mecklenburg nur die Konservativen und nicht die Sozialdemokraten Fortschritte. Die Wahrnehmung der freiwilligen Gerichtsbarkeit durch die Gutsherren hat sich in Mecklenburg bewährt. Aber, was Herrn Pachnicke nicht in den Kram paßt, ist mittelalterlich und verwerflich. (Beifall rechts).

Dr. Sattler (NL.): Außerhalb Mecklenburgs wird es wenig Leute geben, die die Vererbung eines Richteramts für richtig halten.

Hiermit schließt die Diskussion.

Der Titel „Staatssekretär" wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Etats.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (2. Lesung des Etats des Reichsschatzamtes. Kleinere Etats und die Anträge Agster und Lenzmann auf Erlaß eines Reichsberggesetzes.

Schluß 5½ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen die „Flotte auf Pump" wendet sich mit großer Schärfe die „Germania", indem sie schreibt:

„. . . Wir haben vor 1916 und nach 1916 mit jährlichen annähernd gleichen Kosten für Neubauten bezw. Ersatzbauten der Kriegsmarine zu rechnen. Solche jährlich und ungefähr in gleicher Höhe wiederkehrenden Baukosten kann man nach finanzpolitischen Grundsätzen nur als regelmäßige und ordentliche Ausgaben, nicht aber als einmalige und außerordentliche Ausgaben betrachten, und solche jährlich wiederkehrende Ausgaben kann man nicht durch außerordentliche Anleihen zu decken suchen, sondern man muß auch jährlich wiederkehrende ordentliche Einnahmequellen dafür haben oder neu schaffen. Das verlangt eine solide Finanzwirthschaft, wie auch Herr v. Miquel uns gerne zugestehen wird . . . Wenn schon die Franzosen es ablehnen, für die Verstärkung ihrer Kriegsflotte die Zuflucht zu Anleihen zu nehmen, so sollte das Deutsche Reich erst recht es mit seiner soliden Finanzpolitik wie nicht minder mit seiner Ehre und Würde es für unvereinbar halten, nach dem Muster verkrachter Staaten auf Anleihen auszugehen und eine „Flotte auf Pump" zu bauen."

Wir wollen hoffen, daß das gesammte Zentrum gegen die marinirte Pumpwirthschaft in gleicher Weise Front macht. Geschieht das ohne Umfall, so wäre die Flottenvorlage ihrer Verscharrung sicher.

In der Budgetkommission des Reichstags haben, wie schon kurz gemeldet, die Abgeordneten Hasse, Dr. Lieber und Dr. Müller-Sagan Beschwerde über die Verletzung des Briefgeheimnisses bei der österreichisch-ungarischen Post erhoben. Abg. Hasse will seit Jahren beobachtet haben, daß in Oesterreich und in Ungarn Briefe auf oft räthselhafte Weise verloren gehen. Vor einiger Zeit habe er sich deswegen bereits an den Unterstaatssekretär des deutschen Reichspostamtes gewendet. Dieser habe ihm versprochen, daß er energisch einschreiten werde, wenn Hasse Beweise erbringen könne. Jetzt habe er diese Beweise in einer ganzen Reihe von Fällen gesammelt und Herrn v. Podbielski zur Verfügung gestellt. Auch liege der Verdacht vor, daß unter Umständen auch Briefe geöffnet werden. Abgeordneter Lieber theilte mit, daß er an dringende Bitten seiner Verwandten und Freunde in Oesterreich mit diesen nur noch in rekommandirten Briefen korrespondire. Der freisinnige Abgeordnete Müller-Sagan fügte hinzu, daß er gleichfalls mit seinen Geschäftsfreunden in Oesterreich nur durch rekommandirte Briefe verkehre. Im Briefverkehre zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn herrsche zweifellos eine gewisse Unsicherheit. Briefe gehen verloren, andere tragen Spuren einer versuchten Eröffnung an sich. Am meisten hat Herr Müller, wie er einem Berichterstatter nachträglich erklärte, das bei Briefen aus Böhmen beobachtet. Von glaubwürdiger Seite wisse er ferner, daß einmal ein versiegelter Brief aus Oesterreich angekommen sei. Es sei an diesem Brief konstatirt worden, daß man versucht habe, mit einem heißen Eisen zwischen dem Siegel und dem Papier des Couverts durchzufahren. Das auf diese Weise verletzte Siegel sei durch ein Siegellack ergänzt gewesen, das von dem Siegel, welches der Absender auf den Brief gedruckt, verschieden gewesen sei. Diese Beschuldigungen haben in Oesterreich und Ungarn große Erregung hervorgerufen. Die „Wiener Neue Fr. Presse" hat sich sofort an den Generaldirektor des österreichischen Post- und Telegraphenwesens Neubauer und an den Vorstand der niederösterreichischen Post- und Telegraphendirektion Hofrath Kamler gewendet. Ueber deren Auslassungen berichtet das Blatt:

Hofrath Kamler versicherte, in seinem Amtsbezirke sei nichts vorgekommen, was die erhobenen Beschwerden rechtfertigen konnte, namentlich sei keine bestimmte Anzeige eingelaufen. Neubauer erklärte, die lautgewordenen Beschwerden seien so allgemein und unbestimmt gewesen, daß die Einleitung einer Untersuchung in bestimmter Richtung nicht möglich war. Die Wahrung des Briefgeheimnisses in Oesterreich beruhe nicht nur auf dem Vertrage des Weltpostvereins, sondern sie sei auch durch das Staatsgrundgesetz gewährleistet, dessen strenge Beobachtung er überwache. Er habe sich bereits an den Staatssekretär v. Podbielski mit dem Ansuchen gewendet, ihm das thatsächliche Beweismaterial, mit welchem die deutschen Reichstagsabgeordneten ihre Beschwerden begründen zu können glauben, zum Zwecke der Einleitung einer Untersuchung mitzutheilen. Es sei möglich, daß ein untergeordneter Beamter irgend eines Grenzpostamts sich eine Eigenmächtigkeit oder Willkür zu Schaden kommen ließ, dies entziehe sich der Kenntniß der Postverwaltung, so lange keine Anzeige hierüber vorliege. Aber deßhalb von einer Verletzung des Briefgeheimnisses durch österreichische Postbeamte zu sprechen, sei nicht zulässig und könne nicht unwidersprochen bleiben.

Auch ungarische Blätter protestiren lebhaft gegen die Beschuldigungen und versichern deren völlige Haltlosigkeit. Es wird nun abzuwarten bleiben, ob sich das Material, das Herr Hasse in Aussicht gestellt hat, als stichhaltig erweist.

Kleine politische Nachrichten. In der antisemitischen Reichstagsfraktion krachte es. Liebermann v. Sonnenberg hat den Parteivorsitz der deutsch-sozialen Reformpartei wegen politischer Differenzen niedergelegt. Namentlich über die Flottenvorlage ist man stark zweierlei Meinung. Liebermann ist natürlich für die Marineverdoppelung, während die kleinbäuerlichen Antisemiten davon nichts wissen wollen. — Ein genicksteifer Agrarier, nach dem Herzen Köllers, scheint der gemaßregelte Landrath von Posen, Abg. Baarth zu sein. Er soll sich nämlich hartnäckig weigern, sich zum Regierungsrath befördern zu lassen. Vermuthlich ist ihm diese Entschädigung für die erlittene Unbill zu gering. Vielleicht versucht die Regierung es einmal mit dem Angebot eines Ministersessels. — Die Reichstagskommission für das Gesetz über die Konsulargerichtsbarkeit lehnte am Dienstag den Absatz 2 des § 2 ab, wonach die Konsulargerichtsbarkeit durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths für bestimmte Gebiete aufgehoben, eingeschränkt oder außer Uebung gesetzt werden sollte. — In der Münzgesetzkommission des Reichstags gab es am Dienstag eine ausgedehnte Währungsdebatte. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. — Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beanstandete die Wahl des Grafen Dönhoff-Friedrichstein (4. Königsb.) — Freisinnige Anträge im preußischen Abgeordnetenhause sind eingebracht für Einführung der fakultiven Feuerbestattung und behufs Vorlage der Geschäftsberichte der aus Staatsmitteln subventionirten Kornhausgenossenschaften in Verbindung mit einer spezialisirten Angabe des Umsatzes der von den einzelnen Genossenschaften gehandelten Waaren (insbesondere Getreidearten, Dung- und Futtermittel.) — Die Dienstag angesetzte Prozeßverhandlung gegen die frühere Direktion und den Aufsichtsrath der National-Hypotheken-Kreditgesellschaft, Arnim und Genossen, in Stettin wurde wegen Erkrankung eines Mitangeklagten, des früheren Direktors Thym, um 14 Tage verschoben. — Die bayerische Kammer der Abgeordneten nahm mit 119 gegen 5 Stimmen den Gesetzentwurf, betr. Gründung einer staatlichen Pferde-Versicherungs-Anstalt an. — In der Zweiten badischen Kammer gab Dienstag die Regierung die Erklärung ab, daß sie der uneingeschränkten direkten Wahl auch fernerhin widerstreben werde, selbst bei eventueller Zweidrittelmehrheit, da die Zweite Kammer nicht die alleinige Instanz sei. Minister von Brauer bestritt, daß die Landtage die Kompetenz hätten, auf die Instruktionen der Bundesrathsbevollmächtigten bestimmend einzuwirken. Nun, die süddeutschen Landtage werden sich das Recht, auf die Abstimmungen der Bundesrathsbevollmächtigten einzuwirken, sicherlich nicht nehmen lassen. — Die Begnadigung der Verurtheilten von Montjuich ist aufgeschoben. Canalejas wird deshalb die spanische Regierung interpelliren. — Wie aus Buenos Ayres gemeldet wird, wurden unter den Papieren einer soeben fallirten italienischen Firma in Santa Fé Dokumente gefunden, woraus hervorgeht, daß die beiden Inhaber der Firma seiner Zeit an der Verschwörung Luchenis theilnahmen. Beide flohen nach der Ermordung der österreichischen Kaiserin nach Südamerika, wo sie unter falschem Namen auftraten. Der eine hatte neuerdings mit dem Geld seines Associes die Flucht ergriffen. Der andere, ein gewisser Riccardi, hat Selbstmord begangen. Bestätigung der ganzen Nachricht bleibt abzuwarten.

Oesterreich-Ungarn.

Ueber den Kampf der Bergleute wird dem „Vorw." unter dem 21. Januar aus Wien geschrieben: „Die Bewegung der Bergleute gleicht einem reißenden Strom, den keine Kraft mehr aufzuhalten vermag. Im mährisch-schlesischen Revier ist der Ausstand fast allgemein, in Kladno müssen schon die Eisenwerke den Betrieb einstellen, und morgen wird in Böhmen der allgemeine Streik im nordwestlichen und westlichen Kohlenrevier beginnen. Es ist weitaus der größte Streik den Oesterreich je erlebt; an **neunzigtausend Arbeiter**, fast die gesammte Menschheit, die die Kohle aus der Tiefe fördert, wird morgen die Arbeit eingestellt haben. Die Kohlennoth wächst, der gesammten Industrie von Nordböhmen droht eine fürchterliche Stockung, es ist ein Ausstand, der die kapitalistische Gesellschaft an dem empfindlichsten Punkt packt. In seiner grauenhaften Größe offenbart uns der Streik der Arbeiter, was die Arbeiter für die moderne Gesellschaft bedeuten. Auf der Kohle, die Wärme und Kraft giebt, ruht das große Gebäude unserer Civilisation; da die Menschen feiern, die das erwärmende und kräftespendende Material aus der Erdtiefe holen, ist es, als ob die Grundlagen des gesammten Schaffens ins Wanken gerathen wären. Und auch den ganzen Wahnsinn der kapitalistischen Ordnung bringt uns der Streik der Bergarbeiter ins Bewußtsein. Auf der einen Seite ist es eine ganze Welt von Menschen, leidender und darbender Menschen, die um ein kleines Stückchen Fortschritt, um ein bischen Freiheit kämpfen und die die grausige Noth des Streiks auf sich genommen haben, um sich die primitivsten Menschenforderungen zu erkämpfen. Und auf der andern Seite stehen eine Handvoll Ausbeuter, zehn, zwanzig Leute, deren Reichthum unermeßlich ist, und deren Behagen nie getrübt wird von dem Gedanken, daß Generation um Generation dahinsinkt, damit ihr Profit wachse, ihr Reichthum in's gigantische steige! Und die Größe des Elends, das um Abhilfe schreit, der unabschätzbare Schaden, den der Bergarbeiterstreik hervorruft: all' das prallt an dem hochmüthigen, grausam gleichgültigen Machtbewußtsein der Unternehmer wirkungslos ab!

Der Streik, der heute fast die gesammte Kohlenförderung ergriffen hat, ist aus einem kleinen Zwischenfall entstanden. Ursprünglich war es nur ein kleiner Ausstand in zwei kleinen Schächten in Mährisch-Ostrau, der überdies am 10. Januar durch eine Reihe kleiner Zugeständnisse beendet schien. Die sozialdemokratischen Vertrauensmänner haben auch lange abgerathen; denn die Organisation der Arbeiter im mährisch-schlesischen Revier, dem Zentrum des österreichischee Kohlenbergbaus, läßt alles zu wünschen übrig. Trotzdem mußte der Streik ausbrechen, denn er ist einfach eine neue wirthschaftliche Nothwendigkeit. Der österreichische Kohlenbergbau steht in einer Hochkonjunktur, wie sie noch nicht da war. Der Preis der Kohle ist innerhalb eines dreiviertel Jahres um fast zwanzig Prozent gestiegen, die Gewinne der Unternehmer wachsen um Millionen; den Arbeitern aber, deren Hände all diesen Reichthum schaffen, deckt ihre Arbeit kaum die nackte Nothdurft. Der durchschnittliche Jahresverdienst eines österreichischen Bergarbeiters ist 300—360 Gulden, also kaum einen Gulden pro Tag! Es ist klar: Wenn die Arbeiter diese Zeit des riesenhaften Aufschwungs nicht ausnützen, so versäumen sie eine Gelegenheit, wie sie so günstig nicht so bald wiederkommen wird. Entweder ist die Achtstundenschicht und der Minimallohn jetzt zu erobern, oder der Kampf ist auf Jahre hinaus wieder zu Ungunsten der Arbeiter entschieden. Aus diesem instinktiven Gefühl heraus hat sich der Streik wie Feuer verbreitet; was ihm an Organisation fehlt, das wird ersetzt durch eine fieberhafte Entschlossenheit, die das Größte wagt, wenn der Augenblick es verlangt. Es giebt keinen anständigen Menschen in Oesterreich — die Nutznießer des Bergarbeiterelends und ihre Soldknechte ausgenommen — dessen Herz bei diesem gewaltigen Kampfe nicht erbebte und der den Arbeitern in ihrem Todesringen nicht den vollsten Erfolg heiß und sehnsüchtig wünschte. Der Streik der Bergarbeiter hat aber auch die größte internationale Bedeutung, speziell für die deutsche Bergarbeiterschaft, deren Lebenslage durch den Tiefstand, in dem ihre österreichischen Brüder leben, unaufhörlich bedroht wird. Die kämpfenden Arbeiter blicken deshalb mit Vertrauen auf ihre deutschen Brüder, wohl wissend, daß ihnen nicht bloß herzliche Sympathie, sondern auch werthätige Unterstützung werden wird.

Wegen Kohlenmangels wurden nach einer Privatmeldung des „H. C." im Auftrage des böhmischen Statthalters auf der Strecke Pilsen-Furth vierzig für Bayern bestimmte Waggons Kohlen beschlagnahmt.

Frankreich.

Der **Prozeß** gegen die 12 **Assumptionisten-Patres**, die wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz angeklagt sind, begann Montag vor dem Pariser Zuchtpolizeigericht unter großem Andrang des Publikums. Die Angeklagten erklärten, sie beschäftigten sich nicht mit politischen, sondern mit religiösen Fragen. Die Vertheidiger beantragten Vertagung der Angelegenheit. Der Staatsanwalt Bulot erklärte, gegen die Assumptionisten sei eingeschritten worden, weil sie das Gesetz übertreten haben und seit 50 Jahren ohne Erlaubniß der Regierung und ohne Approbation des Heiligen Stuhles bestehen. Bulot sprach sodann von dem Reichthum der Assumptionisten und wies auf ihre politische Thätigkeit bei den Wahlen hin. Nachdem der Staatsanwalt Bulot seine Ausführungen beendet, wies der Gerichtshof die auf Vertagung der Angelegenheit zielenden Anträge zurück und hob die Sitzung auf. Mittwoch begann, bei großem Andrang des Publikums, das Zeugenverhör. Der Polizeikommissar, welcher die Haussuchung vorgenommen hat, schätzte die von ihm vorgefundenen Vermögenswerthe auf 1 800 000 Frans. Die weiteren Zeugenvernehmungen ergaben nichts Neues. Der Staatsanwalt beantragte die Auflösung der Assumptionisten-Vereinigung, die er für gefährlich für die gesellschaftliche Ordnung halte.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze. Seit Sonntag ist die Fluth englischer Prahlereien jäh zurück gegangen. Heute schweigt der Telegraph über die weitere Entwickelung der Vorgänge am Tugela nahezu völlig. Das ist ein sehr böses Zeichen. Es gewinnen die Mittheilungen an Glaubenswürdigkeit, welche behaupten, Bullers Angriff sei auf der ganzen Linie unter großen, der Oeffentlichkeit noch vorenthaltenen Verlusten zurückgeschlagen. So lauten wenigstens Berichte, welche das „H. Fremdenbl.", die „Magd. Ztg." und ein sächsisches Blatt aus speziell informirter Londoner Quelle telegraphisch bringen. Es heißt darin:

Der Angriff auf der Gesammtlinie von Alicekop bis Spionkop durch General Warren scheiterte, Warren wurde südwestlich auf die obere Tugela abgedrängt. Auch General Lyttleton ist bei Potgieters Drift zurückgeworfen. General Joubert übernahm den Oberbefehl der Buren. Sämmtliche Kommandos unter Lucas Meyer, Viljoen und Schalk Burger befinden sich in dreifacher Defensivstellung.

Demgegenüber meldet nun heute Reuters Bureau nur;

Beim Kriegsamte eingezogene Erkundigungen über das auswärts verbreitete Gerücht von einer Niederlage General Buller's und über die weitere Meldung, Lord Dundonald sei mit 1600 Mann in Ladysmith eingerückt, haben ergeben, daß das Kriegsamt weder der einen noch der anderen Meldung Glauben beimißt und meint, daß die Meldungen zu Börsenzwecken verbreitet worden seien. Das Kriegsamt erwartet vor zwei oder drei Tagen keine entscheidenden Nachrichten von Buller oder aus Ladysmith, da Buller's Operationen nothwendigerweise ausgedehnter Art seien.

Warten wir also; die englische Niederlage werden wir immer noch früh genug erfahren.

Auch die Buren sind vom Mißgeschick nicht verschont geblieben. In Pretoria ist folgendes Telegramm aus Colenso vom 18. d. M. eingegangen: Eine 200 Mann starke Rekognoszirungs-Abtheilung unter Feldkornet Oppermann wurde von Engländern umzingelt; es gelang ihr aber, sich kämpfend durchzuschlagen. Gerüchtweise verlautet, die Buren hätten bei dem Gefecht 4 Todte und 30 Verwundete und Gefangene gehabt. Aus dem Hauptquartier der Buren wird ferner noch vom Sonnabend gemeldet: Kommandant Botha unternahm zur Feier des heutigen 60. Geburtstags Joubert's einen Erkundigungszug mit einer größeren Abtheilung gegen die Drakensberge und umging die feindliche Vorhut nach kurzem Gefecht.

Ein schlechtes Zeichen für die Lage der Engländer ist es, daß bei ihnen geschieht, was sie den Buren immer andichteten: Zwist im eigenen Kriegslager. Nach einer der „Daily Mail" aus Durban zugegangenen Depesche von Montag haben eine Anzahl bei den irregulären Truppen stehende Offiziere der der Volunteer-Korps ihre Stellungen niedergelegt, da sie mit den Offizieren des regulären Heeres in Streit geriethen. Die Unzufriedenen begaben sich nach Kapstadt um ihre Beschwerden dem Oberkommissar Milner vorzutragen.

Die Sterblichkeit an Typhus und Dyssenterie in Ladysmith beziffert sich auf zehn Fälle täglich, ist also sehr hoch.

Vom westlichen Kriegsschauplatze liegen auch nur Notizen vor, welche nichts von englischen Erfolgen zu melden wissen. Dem „Daily Telegraph" wird aus Rendsburg vom Sonntag Nachmittag gemeldet:

Aus unbekannter Ursache begannen die Buren Sonnabend Abend etwa um 9 Uhr längs ihrer ganzen Hauptstellung ein äußerst heftiges Gewehrfeuer, das dreiviertel Stunden anhielt. Man konnte das in drei Etagen abgegebene Gewehrfeuer deutlich sehen.

Die Stellung der Buren bei Colesberg wurde am Sonntag früh von den englischen Truppen angegriffen; es entspann sich ein heftiger Kampf, dessen Endergebniß unbekannt ist. Nach den letzten Berichten behaupteten die Buren ihre Stellungen. Nach einem Telegramm, das aus Colesberg über Pretoria kommt, starb ein Bur, der durch einen vom Coleskop abgefeuerten Granatenschuß 20 Wunden erhalten hatte. Zum Oberbefehlshaber der dortigen Burenstreitkräfte wurde Dewet ernannt.

Das „Reuter'sche Bureau" meldet schließlich noch aus Kimberley vom 17. und 21. ds. Mts.:

Der Feind (die Buren. Red.) beschoß uns heute heftig von allen seinen Stellungen aus von früh Morgens bis 8 Uhr Abends. Das Feuer war hauptsächlich gegen die Redouten gerichtet.

Den Buren dagegen geht es, selbst nach englischem Eingeständnisse, recht gut. Dies zeigt eine Depesche des „Daily Telegr." aus Johannesburg, welche berichtet, daß der dortige Grubenkommissar Befehl gegeben hat, die Goldminen zu schützen. Es sind zu diesem Zwecke neue Wächter eingestellt worden. Die Minengeschäfte gehen bedeutend besser, und der Handel nimmt einen neuen Aufschwung. Ein Spezialausschuß ist damit beschäftigt, die Papiere der hier weilenden englischen Unternehmer zu untersuchen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 24 Januar 1900.

Polizei und Presse. Das verständige Verhalten des Oberbürgermeisters Keil in Zwickau zur Presse aller Parteirichtungen, die er, wie von uns bereits mitgetheilt, unterschiedslos behandeln will, war auch von unserem Geraer Parteiblatt, der „Reußischen Tribüne", dem dortigen Polizeiamt zur gefälligen Nachahmung empfohlen worden. Es ging darauf ein stadträthliches Schreiben an das sozialdemokratische Blatt ein, worin es heißt:

Anläßlich eines Artikels in Nr 9 der „Reußischen Tribüne" sind wir auf Ansuchen bereit, den Redaktionen der hier erscheinenden Tagesblätter täglich einen sogenannten Polizeibericht zum Abdruck zu überlassen u. s. w.

Die „Reußische Tribüne" bemerkt dazu:

Wir sind heute schon fest davon überzeugt, daß sich damit der Stadtrath nichts vergeben hat, daß vielmehr die städtische Verwaltung aus diesem Verhältniß mancherlei Nutzen ziehen wird.

Lübeck gehört auch zu den Kleinstaaten, läßt sich jedoch von dem vielbespöttelten Reuß überflügeln. Glaubt man, sich „etwas zu vergeben", wenn man allen Zeitungen den Polizeibericht zugänglich macht?

„Dor bün ick mal de Bur west." Es geschah um die Zeit, da nach des deutschen Bundesraths Machtspruch das neunzehnte Jahrhundert sich seinem seligen Ende zuzuneigen begann, daß das „perfide Albion", wie die Deutschen patriotischer Färbung das Land ihrer angelsächsischen Brüder zu nennen belieben, mit dem „Heldenvolke der Buren" einen Gold- und Diamantenkrieg begann. Alldeutschlands Geisteshelden und Erbpächter germanischer Gesinnung überboten sich in Sympathiekundgebungen für die Kuhzüchter und Scharfschützen von Pretoria und Bloemfontein, die „Stillen im Lande" jedoch, die das Angenehme mit dem Nützlichen, die Begeisterung mit dem Profit in harmonische Verbindung zu bringen wissen, ohne in ihrer Seelenruhe gestört zu werden, überlegten reiflich „Was thun?" Das Resultat war einfach: „Der ist groß und Der ist klein" — also! Entsprechend ward der Geschäftsbetrieb eingerichtet. Nun war in einer deutschen Stadt, die vor den anderen Ihresgleichen sich durch besonders starke deutsche Gesinnung auszeichnen soll, eine Fabrik, die gefällige, bunte Dosen und Döschen zu allerlei Zwecken verfertigt. Warum sollte sie nicht partizipiren an dem Kriegsrebbach? Und flugs wurden Dosenpläne entworfen, in denen John Bull auf dem Kriegs- und Siegespfade in aller Glorie prangte. Wenn das eingeschlagen hätte! Gespannt wartete man auf die ersten Siegesnachrichten. Und sie kamen. Aber leider waren die Triumphirenden nicht der Buller, Gatacre, Methuen, und wie sie alle heißen mögen, sondern die garnicht nach preußischem Muster in Ferienkolonien gedrillten Buren. Dies Pech! Nun liegen die Sachen da. Alles fertig, die Maschine brauchte nur angestellt zu werden, und Hunderttausende von englischen Siegesdosen wären hinausgewandert, dieweil die deutsche Presse geweihmert hätte ob des Elends der tapferen Transvaalburghers. „Dor bün ick mal de Bur west!" soll eine hochstehende Persönlichkeit ärgerlich geflucht haben. — Doch des Einen Uhl ist des Andern Nachtigall. Wie uns zuverlässig mitgetheilt wird, gedenkt eine andere Fabrik Dosen zu fabriziren, in welche — die Wichse kommt, welche die Engländer erhalten. — Wir bitten unsere Leser dringend, diese Geschichte nicht für einen schlechten Scherz zu halten. Wir haben zwar manche Uebelthat dieser Art auf unserem Gewissen, aber dieses Mal fehlt der Schelm ganz gewiß. Wir melden verbürgte Thatsachen.

Die Eröffnung des Elbe-Trave-Kanals findet nach den Meldungen auswärtiger Blätter Mitte Juni statt. Es dürfte ein „Wenn" dabei vergessen sein.

= **Ein bedeutendes Feuer** kam gestern Abend gegen 8 Uhr auf der Koch'schen Werft zum Ausbruch. Der Himmel war stark geröthet durch den hellen Schein, wodurch zahlreiche Neugierige angelockt wurden. Es brannten die aus Holz errichtete Schlosserei und Schmiede. Den vereinten Anstrengungen der Werftfeuerwehr, welche kräftig eingriff, der Dampf- und Gasspritzen und des Spritzendampfers „Stecknitz" gelang es, das Feuer in verhältnißmäßig kurzer Zeit zu löschen, sodaß der angerichtete Schaden kein allzu großer sein dürfte. Der Betrieb wird voraussichtlich keine Störung erleiden, was im Interesse der Arbeiter erfreulich wäre.

= **Arbeiterrisiko.** Auf der Koch'schen Schiffswerft hat gestern Morgen gegen 6½ Uhr der Schmied Unger den Daumen der linken Hand unter dem Dampfhammer verloren. Nach Anlegung eines Nothverbandes durch Herrn Dr. Schnoor wurde der Verletzte in das Krankenhaus geschafft.

Lebhafte Klage wird von den Anwohnern über den miserablen Zustand der Teichstraße geführt. Dieselbe ist stellenweise kaum passirbar. Als Steuerzahler können die Anwohner wohl mit Recht beanspruchen, daß baldigst die Straße ein zivilisirtes Aussehen gewinnt.

pb. **In Haft** geriethen drei Bettler und ein Trunkener, in Schutzhaft drei Obdachlose.

pb. **Diebstähle.** Einem Hausknechte wurden aus seiner Wohnung in der Schmiedestraße ein Ueberzieher und ein Paar neue Zugstiefel, einem Schuhmacher am Sonntag im „Colosseum" ein Ueberzieher gestohlen.

Schiffsverkehr im Hafen. In der vergangenen Woche liefen ein 14 Dampfer, 1 Segler, ausgelaufen sind 17 Dampfer.

In das Handelsregister ist am 22. Januar 1900 eigetragen auf Blatt 2211 die Firma „Hugo Wensien." Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Hugo Hans Adolf Wensien, Kaufmann; auf Blatt 1900 bei der Firma: Friedr. Wiegleb": Die Firma ist erloschen; am 23. Januar 1900 auf Blatt 1361 bei der Firma „P. Tensfeldt": Die Firma ist erloschen.

Konkurseröffnung. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Karl Friedrich August Bertram, Inhaber der Firma C. A. Bertram, Beckergrube 52, ist das Konkursverfahren eröffnet. Rechtsanwalt Dr. v. Brocken hierselbst ist zum Konkursverwalter ernannt.

* **Eutin.** Holzauktion. Krongutsforst Neumeiereisandfeld. Am Montag den 29. Januar d. J. kommen an Ort und Stelle zum öffentlichen Verkauf: 64 Fichten- und Kiefern-Stämme zu 14,12 Fm. in 19 Loosen. 28 Leiterbalken und Bindebäume zu 2,42 Fm. in 5 Loosen. 180 Fichten-Schleete in 6 Loosen. 80 Haufen Fichten- und Kiefern-Stangen à ca. 2 Fm. 18 Rm. Fichten- und Kiefern-Knüppelholz. Zusammenkunft der Käufer Morgens 10 Uhr bei der Abtriebsfläche am sogenannten Herrenweg.

Eutin. Eine Verfassungsänderung strebt der Provinzialrath des Fürstenthums an. Er hat, geärgert durch die Ablehnung mancher von ihm geäußerter, durchweg agrarischer Wünsche, an die Regierung das Ersuchen gerichtet, bewirken zu wollen, daß die Provinzialräthe der drei Landestheile über ihre interne Angelegenheiten eigene Beschlüsse zu fassen berechtigt seien und nur über dem Großherzogthum gemeinschaftliche Sachen der Landtag zu beschließen habe. Diese Anregung wird **bei den Arbeitern** im Fürstenthum auf den **allerentschiedensten Widerstand** stoßen. Der Provinzialrath wird gewählt von den Gemeinderäthen, und durch die Gemeindeordnung sind zwei Drittel der Sitze in den Gemeinderäthen für die Grundbesitzer reservirt. Die Arbeiterschaft würde also im Provinzialrathe, wie es heute schon der Fall ist, gar nicht zu Worte kommen, eine Handvoll eingefleischter Bauernbündler würde unbeschränkt schalten und walten können. Im Landtage wird wenigstens die Stimme des Volkes gehört. Unsere Parteigenossen werden nicht verfehlen, gegen das vom Lande der Landwirthe ausgehende reaktionäre Projekt gebührend Front zu machen.

Heiligenhafen. Die hiesigen Maurer hatten an die Meister eine Lohnforderung gerichtet, die von diesen zwar als berechtigt anerkannt, jedoch rundweg abgelehnt wurde, weil — die Arbeiter dem Verbande beigetreten seien und sich von einem Lübecker Kollegen die Berechtigung ihrer Forderung hätten nachweisen lassen. Da werden die Herren „Architekten" im Großgrundbesitzerlande wohl den ersten Streik in diesem entlegenen Winkel inscenieren.

Hamburg. Zur Mordaffäre Thurau. Die Leiche der Ermordeten ist in die Anatomie geschafft worden, wo festgestellt werden soll, ob die Thurau eines natürlichen Todes gestorben ist oder nicht. Bei der Ausgrabung war das Ehepaar Buchholz zugegen. Buchholz mußte während der schauerlichen Arbeit im Laden bleiben. Er blickte ausdruckslos vor sich hin und fand kaum die Kraft, um an ihn gerichtete Fragen zu beantworten. Wesentlich anders war das Benehmen der Frau Buchholz, einer etwa 30 Jahre alten Frauensperson. Diese mußte in einem Hinterzimmer verweilen. Ihr Benehmen steigerte sich fast bis zur Frechheit. Buchholz gehörte, wie man dem „Echo" mittheilt, der Kategorie der des besonderen staatlichen Schutzes bedürftigen „Arbeitswilligen" an. Er trat beim Streik in der Hansabrauerei dort in Arbeit und rühmte sich mehrfach, daß er noch keinen Pfennig für Arbeiterzwecke hergegeben habe, sich auch um die Arbeiterbewegung nicht kümmere.

Flensburg. Wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung eines Arztes wurde der Schuhmacher Thößler zu 1½ Jahren Gefängniß verurtheilt.

Neustrelitz. Durch Feuer zerstört wurde die große Schneidemühle von Böttcher. Leider werden viele Arbeiter brodlos.

Lübecker Stadttheater.

„Liebesopfer" von Hugo Marck. Schlag auf Schlag folgen sich jetzt die Novitäten im Schauspiel: neulich erst Bock's „Prinzessin von Sestri", jetzt Marcks „Liebesopfer." Anscheinend will uns die Direktion mit der stiefmütterlichen Behandlung, die sie im ersten Quartal der Saison dem Schauspiel hat angedeihen lassen, wieder aussöhnen. Nun, wir sind es zufrieden, zumal die Direktion bei der Auswahl der Novitäten gar keine allzuschlechten Griffe gemacht hat. Die diesmalige Novität ist kein zusammenhängendes Stück; sondern unter dem gemeinsamen Titel „Liebesopfer" hat der Verfasser — übrigens, wie wir erfuhren, ein Berliner Rechtsanwalt, der unter angenommener Flagge segelt — drei Einakter vereinigt. Das erste Stück, „Takumi" versetzt uns in die Märchengefilde Japans. Der Feldherr Takumi ist in heißer Liebe zu zwei Schwestern entbrannt und wird von beiden wieder geliebt. Dieser Kampf: welche der Schwestern ihn mehr liebt und welche er als Gattin erwählen soll — reibt ihn seelisch auf; er fühlt sich daher außer Stande, an der Spitze des Heeres gegen die dräuenden Feinde zu ziehen. Der König darüber ergürnt, verurtheilt ihn zum Harikiri, zur Selbstentleibung, und zwar mittelst Giftbechers. Vor den Augen der Schwestern soll Takumi den Todesbecher leeren, denn auch sie sollen ihre Strafe haben, weil keine von beiden ihn freigeben will. Schon hat Takumi die Hälfte des Bechers geleert, da stürzt Anata, die ältere der Schwestern hinzu, um gleich ihm vom Giftbecher zu trinken und mit ihm vereint zu sterben. Indes enthielt der Becher gar kein Gift, sondern der alte König wollte nur Takumi den unumstößlichen Beweis liefern, wer von den beiden Geliebten ihn mehr, „treu bis in den Tod", siehe Schluß: „sie kriegen sich" und Takumi, der tapfere Feldherr, zieht begeistert in den Krieg. — Der zweite Einakter „Lotte" spielt in der Gegenwart. Ort: Berlin. Lotte Schneider ist eines jener jungen Mädchen, wie sie besonders die Großstadt leider nur zu häufig züchtet. Lottes Jugend ist unter harten und steten Entbehrungen dahin geflossen, und als sie herangeblüht, da erwacht in ihr die unendliche Sehnsucht nach den Genüssen des Lebens. Arm und unerfahren, wie sie ist, wirft sie sich einem verheiratheten Mann an den Hals, dessen Frau krank darniederliegt, und läßt sich von ihm aushalten. Schließlich — oder sagen wir lieber merkwürdiger Weise, denn im Leben ist gewöhnlich das Gegentheil der Fall — erwacht ihr besseres „Ich" doch. Sie reißt sich aus dem Sumpfe, der sie bereits zu verschlingen droht, heraus und entflammt in reiner, aufrichtiger Liebe zu einem jungen Mann aus sogenannter Familie, der — ein weißer Rabe! — sogar die feste Absicht hegt, sie zu ehelichen. Aber es soll anders kommen: Ihr Liebster erfährt ihre Vergangenheit und aus ist's mit der jungen Liebe Traum. — Der dritte Einakter endlich, „Cocodette", spielt in einer französischen Festung im Jahre 1870. Die junge Frau des Leutnants Bernhard hat sich als Marketenderin durch das Belagerungsheer geschlichen, um in die Armee ihres Gatten zu eilen. Unterwegs ist sie jedoch vom Pfade der ehelichen Treue abgewichen, ohne zu ahnen, daß es der Freund ihres Gatten war, dem sie sich hingegeben. Zu spät wird sie's gewahr. Bei dem Versuche, eine Brieftaube zu erschießen, die er im Besitze hat und die in den Topf wandern soll, weil es an Proviant gebricht, erschießt Bernhard unversehens seine schuldbeladene Gattin, die, wie die Taube, von ihm mit Kosenamen „Cocodette" genannt wurde. Dies ist in aller Kürze der Inhalt der drei Einakter. Hatte nun Marck ein Recht, sie unter einem gemeinsamen Titel zu vereinigen? Diese Frage ist überaus schwierig zu beantworten insofern, weil das Wort „Liebesopfer" mehrfacher Deutung fähig ist. Leider giebt uns der Dichter keinen Anhalt, welche er eigentlich meint. Besonders schwer ist es, den zweiten Einakter, „Lotte", unter den gemeinsamen Hut zu bringen. Von Liebe ist zwar genug die Rede darin, aber ein „Liebesopfer"? Auch mit „Cocodette" hapert es. Liegt doch schon in dem Titel eine Ironie, denn „Cocodette" heißt nichts anderes als „Cocotte". Das muß schon ein gar sonderbarer Kauz sein, der sein Weib mit dem „Kosenamen" Cocotte belegt. Doch was sollen wir darüber disputiren, es wäre müßig. Liebesopfer hin — Liebesopfer her. Halten wir uns lieber an die Stücke selbst. Zweifellos ist „Lotte" der beste der drei Einakter. Er könnte von Sudermann selbst sein: bekanntlich hat sich Marck die Anregung zu seinem Werke von Sudermann's „Morituri" geholt. Nicht einen Augenblick kommt der Hörer aus der Stimmung. Allerdings fehlt es auch nicht an Pose und theatralischen Effekten, doch darf man eben nicht außer Acht lassen, daß es sich um den ersten dramatischen Versuch handelt. Auch „Takumi" ist passabel. Es ist in flüssigen Reimen geschrieben. Weit tiefer steht dagegen „Cocodette." Von ihm gilt das Sprichwort: Viel Lärm um nichts. Wir haben bereits gestern gemeldet, daß die Novität erfolgreich aufgeführt wurde, und wir bemerken heute noch, daß der Beifall am lautesten nach „Takumi" war und dann von Akt zu Akt nachließ, immerhin jedoch noch so stark war, daß der Verfasser stets vor der Rampe erscheinen konnte. Dieser laute Beifall muß bei unserem Publikum um so mehr Wunder nehmen, als es sonst kein Freund „gepfefferter" Waaren ist. „Takumi" wurde von Herrn Jakoby in würdiger Erscheinung und Haltung gegeben; auch fand der Künstler Töne von hinreißender Gewalt. Den König gab Herr Ziegel markig und wuchtig. In dem lahmen Geizhalz Kotsuke schuf Herr Brettschneider eine gelungene Episodenfigur. Als Lotte glänzte Fräul. Werna. Auch Herr Rhode, der den Liebhaber spielte, entledigte sich seiner Aufgabe mit vielem Geschick. In „Cocodette" gab Frl. Stähler eine sehr liebliche Claire ab. Die Regie hatte in ausgezeichneter Weise ihres Amtes gewaltet, bis auf die Berliner Küche in „Lotte". In Hinterpommern mag es solche Küchen, wie man sie vorführte, geben, aber in der Haupt- und Residenzstadt Berlin sicherlich nicht.

-o-

Viehhof-Bericht.

Hamburg, 23. Januar

Der Ochsenhandel verlief ziemlich gut.

Zugeführt wurden 2840 Stück. Preise: Vorlaufende Schweine, schwere 46—48 Mk., leichte 46—47½ Mk., Sauen 39—43 Mk. und Ferkel 43—46 Mk. pr. 100 Pfd.

Der Kälberhandel verlief gut.

Zugeführt wurden 1230 Stück. Preise: Beste 90—102 Mk. geringere 58—85 Mk. pr. 100 Pfd

---

Heute Morgen 8 Uhr starb unser lieber Sohn **Johannes** im Alter von 9 Monaten. Tief betrauert von seinen Eltern, Geschwistern u. Schwager.
Max Krause u. Frau, geb. Nielson.

Danksagung.

Allen Corporationen, sowie Freunden und Bekannten sagen für die erwiesene Theilnahme anläßlich des Ablebens meines lieben Mannes und unseres guten Vaters und Schwiegervaters, des Drechslermeisters **R. Böger**, hierdurch tiefgefühltesten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Ein Logis zu vermiethen
Schüsselbuden 37.

Gesucht
mehrere tücht. Maschinenschlosser und Eisendreher.
Wilh. Sparkuhl & Co.

Gute gebrauchte Fahrräder werden billig abgegeben.
Fahrrad-Reparatur-Werkstatt
Fleischhauerstr. 25. **Fr. Busse.**

Versuch macht klug!
Herren-Sohlen u. Flicke von Mark 2,00
Damen- do. u. do. von do. 1,50
Mädch.- u. Knab.- do. u. do. von do. 0,90
Alle anderen Reparaturen billigst.
Jede Reparatur wird sofort ausgeführt.
Deutsch-Amerikanische Schuhwaaren-Reparatur-Anstalt
Königstr. 48
Ecke Alter Schrangen.

Amerikan. Schuhwaaren-Reparatur-Anstalt
34 Fischergrube 34
liefert mittelst Schnellbesohlmaschine sehr dauerh. schnell billig.

A. L. Mohr'sche Margarine
kostet von heute ab:
Marke: „Mohra" F.F. A.A.A. A.B.
per Pfund 70 Pfg. 65 Pfg. 60 Pfg. 55 Pfg.
Marke **„Mohra" schmeckt, bräunt und duftet** beim Braten **genau wie beste Butter.** Mehrere Concurrenzmarken sollen **angeblich** dieselben Eigenschaften besitzen, wir bitten jedoch das verehrte Publikum, durch vergleichende Bratversuche sich von dem großen Unterschied derselben gegen **„Mohra"** überzeugen zu wollen.

Karl Willenbrock's Möbel-Magazin
Marlesgrube 9
empfiehlt gut gearbeitete
Möbel, Spiegel- und Polster-Waaren
zu soliden Preisen.

Gesucht zu Ostern ein Lehrling.
Herm. Ziegler, Bau- und Möbeltischlerei, Klappenstraße 21.

Neu! Neu!
Empfehlungs-Karten
auf weißem Carton mit 72 verschiedenen Städtebildern auf der Rückseite
liefert in sauberer Ausführung billigst
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.
Johannisstraße 50.

In Tuben für 2—3 Paar Sohlen und Absätze ausreichend — à 60 Pfg. per Tube — vorräthig bei
Wilh. Ausborn Nachf., Max Assmy, Beckergrube 68.
A. Drenske Nachf., Breitestraße.
Hugo Haendler, Schuhlager, Breitestraße.
Hans A. Hanson, Exportgeschäft.
Ferd. Kayser, Breitestraße.
D. Levin, Schuhlager, Marlesgrube.
Henning von Minden, Droserie.

General-Versammlung
der
Kranken- u. Sterbekasse Amicitia
(E. H. Nr. 18 in Lübeck)
am Sonnabend den 27. Januar
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht. Abrechnung vom 2. verflossenen Halbjahr.
2. Wahlen.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Stadt-Theater.
Donnerstag Ermäßigte Opernpreise.
Der Bajazzo.
Der Raub der Sabinerinnen.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Umgegend" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 20. Donnerstag, den 25. Januar 1900. 7. Jahrgang.

Der Prozeß Berndt-Markwitz

giebt der linksfreisinnigen Berliner „Volksztg." zu einigen Betrachtungen Anlaß, die wir für so interessant erachten, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

Das Berliner Blatt schreibt:

„Uns interessiren an dem Prozeß vornehmlich vier Gesichtspunkte:

Erstens: Das kontinuirliche Geschimpfe der reaktionären und agrarischen Blätter auf die Sittenlosigkeit in den großen Städten und ihre gleichzeitige Verherrlichung der ländlichen Tugendboldigkeit ist in gleicher Weise verlogen. Wir wollen nicht in Abrede stellen, daß in den großen Städten, die man in frömmelnden Kreisen als Sündenbabel zu bezeichnen pflegt, so gut und so virtuos die gute Sitte verletzt wird, wie außerhalb ihrer Mauern. Der Harmlosenprozeß hat erst jüngst grauenerregende Einblicke in die Sitten-Zustände zumal der sog. besseren Kreise gewährt. Aber auf dem Lande geht es auch nicht engelhaft zu, wie der Prozeß Berndt wieder einmal in drastischer Weise bestätigt hat. Mögen sich daher die agrarischen Blätter des Lügens entwöhnen und nicht den Thatsachen zuwider die Städte als organisirte Herde der Unsittlichkeit verlästern, um den ländlichen Grundbesitz als den Inbegriff paradiesischer Unschuld zu preisen.

Zweitens: Die äußere Frömmigkeit schützt keinen Menschen vor gräulichen „Sünden". Sie bietet lediglich einen bequemen Deckmantel für die Verfehlungen, die man unter dem Scheine der Heiligkeit nur um so sicherer und ungenirter begeht. Wenn die angeklagt gewesene Frau Rittergutsbesitzerin sich in das Schlafzimmer ihrer Tochter oder in irgend ein anderes Interieur ihres Schlosses zurückzog, um mit ihrem jugendlichen Inspektor ihren Lüsten zu fröhnen, so erzählte sie ihrem arglosen Gemahl, sie gehe zum Gebet. Der frühere Rittergutsbesitzer Frhr v. Hammerstein, der nachmalige Reichstags- und Landtagsabgeordnete, der gefeierte Führer orthodoxer Synodalmehrheiten und der für Ordnung und Sitte kämpfende ci-devant (ehemalige) Chefredakteur der „Kreuzzeitung" hielt, ehe er zu seiner Geliebten Flora Gaß ging, mit seiner Familie und seinen Hausangehörigen regelmäßige Morgen-Andachten ab. Mögen sich daher die orthodoxen Blätter hüten, die landesüblichen Verfrommungsbestrebungen der „Stillen im Lande" als einziges Heilmittel zur Rettung der sündigen Menschheit anzuempfehlen.

Drittens: Der Rittergutsbesitzer Berndt ist von der Geliebten des Anders und des Markwitz, seiner einstigen Frau, geschieden worden. Es giebt Fanatiker des Konfessionalismus, welche die Ehescheidung am liebsten gesetzlich unmöglich machen möchten. Das neue bürgerliche Gesetzbuch hat die Ehescheidung gegen früher auf das Drängen solcher Fanatiker erheblich erschwert. Glücklicherweise hat es sie nicht unmöglich gemacht. Man denke sich im Falle Berndt die Unmöglichkeit einer gesetzlichen Ehescheidung! Das Band ist zerrissen; die Frau hat die Ehre des Hauses beschimpft; sie hat den Mann hintergangen; an ein glückliches Zusammenleben ist, da die Achtung fehlt, nicht zu denken. Wäre es nicht in höherem Grade unsittlich, die beiden Theile noch mit Gewalt aneinanderzuketten, als es sittlich ist, sie so rasch wie möglich von einander zu trennen? Wie stände es um die Kindererziehung in einer solchen innerlich brüchig gewordenen Ehe, die nur zum Schein nach außen hin aufrechterhalten werden müßte, wenn das Bürgerliche Gesetzbuch ganz nach den Anschauungen konfessionellen Fanatismus eingerichtet worden wäre und die Ehescheidung überhaupt unerlaubt wäre? Mögen daher die Anti-Scheidungs-Fanatiker aus dem Prozeß Berndt lernen, daß es eine höhere Sittlichkeit geben kann als die in einseitig dogmatisch-formaler Engherzigkeit wurzelnde.

Viertens: Während die sozial „hochgestellte" Herrin des Hauses sich durch die Anständigkeit ihrer Angestellten, mit Ausnahme des Markwitz natürlich, beschämen lassen muß, die verwundert den Kopf schütteln zu dem „Verhältniß" der Gnädigen mit dem Inspektor, wird gegen eine dieser Angestellten behauptet, ihr sei der Giftmordversuch zuzutrauen, denn sie sei — Sozialdemokratin. Eine nette Frucht der wahnsinnigen Verhetzungsmethode, die von einem großen Theil der deutschen Presse nach den Intentionen der Scharfmacherei systematisch betrieben wird! Wie finster, stockfinster sieht es darnach auf dem Lande in politischer Beziehung aus! Es ist eine Schande, wenn man sieht, wie die politische Brunnenvergiftung der Scharfmacherei auf die Gemüther der leichtgläubigen Landbevölkerung wirkt. Mögen daher die reaktionären Organe, die in der Verhetzung ihres Publikums gegen die Sozialdemokratie kein Maß und Ziel kennen, ihr Schamgefühl zusammennehmen und sich Besserung geloben! Zeit wird's!"

Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Former und Hülfsarbeiter der Firma Budde u. Göhde in Eberswalde haben wegen Maßregelung einiger Kollegen die Arbeit niedergelegt. — Infolge des Streiks im böhmischen Kohlenrevier macht sich bereits Kohlenmangel bemerkbar. So hat sich der Rath der Stadt Dresden genöthigt gesehen, den Betrieb von Licht- und Kraftwerken einzuschränken, durch welche Maßnahmen der Verkehr der elektrischen Straßenbahn und die elektrische Beleuchtung betroffen werden. Eine Reihe von Schulen soll geschlossen und die Schüler in wenigen Schulen, die weiter gehalten werden, bei beschränkter Unterrichtszeit unterrichtet werden. Der Raum in den Schulen läßt kein Ansammeln von Vorräthen zu. Die Stadt kaufte alles auf, was aufzukaufen war. Die vorhandenen Vorräthe reichen jedoch nur etwa eine Woche. Die Kohlenhändler in Prag bemühten sich, Kohle aus Deutschland zu beziehen, bisher aber ohne Erfolg.

Eine Konferenz der Arbeitnehmerbeisitzer der deutschen Gewerbegericht, der 80 Vertreter aus 71 Orten Deutschlands beiwohnten, beschloß am Montag in Leipzig, beim Reichstag die obligatorische Errichtung von Gewerbegerichten und die Ausdehnung ihrer Zuständigkeit auch auf die Dienstboten, sowie land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter zu beantragen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Der Rosengart'sche Mordprozeß wird demnächst noch ein Nachspiel haben. Gegen die beiden Zeuginnen Frau Zingrau und Frau Pusch, welche in der Affaire einen Meineid geleistet haben sollen, ist jetzt von der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben worden. Die Sache wird schon in der nächsten Schwurgerichtsperiode in Königsberg zur Verhandlung kommen. Es sind über 50 Zeugen geladen, darunter auch die damalige Angeklagte Frau Rosengart, welche jetzt mit dem Assessor Wolf verheirathet ist. — Die Mörder des Wächters Wilhelm Püschel in Breslau sind im Laufe des Sonnabend und des Sonntag in der Person zweier Schlosser verhaftet und haben bereits ein Geständniß abgelegt. — Ein Postdieb ist in der Person des 38 Jahre alten Schaffners Otto Dörschlag vom Bahnpostamt Nr. 4 in Berlin festgenommen worden. D., welcher längere Zeit auf der Strecke Berlin—Köln fuhr, unterschlug Werthbriefe, in welchen sich Schecks in bedeutendem Betrage befanden. Er ist geständig. — In Grünau bei Berlin sind in einem Zimmer durch dem Ofen entströmende Kohlengase von vier Berliner Ausflüglern zwei getödtet; ein dritter liegt schwer darnieder. — Ein Theil des Kirchengewölbes stürzte in der Ortschaft Annopolje (Rußland) während des Gottesdienstes ein. Acht Personen wurden durch herabstürzendes Mauerwerk getödtet, drei andere bei der entstandenen Panik und Flucht nach den Ausgängen von der Menge erdrückt, viele wurden mehr oder minder schwer verletzt. — Die Desinfektion der Telephone wird jetzt in Paris zur Thatsache werden. Wie die „Allg. Wiss. Ver." von ihrem dortigen Mitarbeiter erfahren, hat das Ministerium für Post und Telegraphie an die Fernsprechämter ein Rundschreiben erlassen, demzufolge nach jedem einzelnen Gespräch der Empfangs- wie der Hörapparat einer Waschung mit Sublimatlösung zu unterziehen sind. Am Ende jeden Tages soll der ganze Raum gründlich gescheuert und gereinigt und überdies einer antiseptischen Räucherung unterworfen werden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Stadtgutsbesitzer Lange von der 1. Strafkammer des Landgerichts Freiberg in nichtöffentlicher Sitzung zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. L. hatte sich gelegentlich einer Bierbankdebatte über das Projekt eines Kaiser Friedrich-Aussichtsthurmes über den regierenden Kaiser in sehr unehrerbietiger Weise geäußert. Ein anderes Verfahren wegen Beleidigung des Kaisers schwebt, den „Dresdener Nachrichten" zufolge, vor demselben Gericht gegen den ersten Lehrer eines Dorfes in der Nähe von Freiberg. Die betreffende Schulgemeinde hat sich vergeblich für den beliebten Lehrer verwendet und ist über den Denunzianten, einen Kollegen des Lehrers, sehr aufgebracht. — Wegen Majestätsbeleidigung war der 51jährige Händler Hoffmann aus Worms von einem selbst kürzlich wegen Majestätsbeleidigung verurtheilten Schreiner und einem vorbestraften Wilddieb, dem auch die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt waren, denunzirt worden. Die Strafkammer in Mainz sprach Hoffmann indeß frei, da sie nicht die Ueberzeugung gewinnen konnte, daß der Angeklagte mit dem fraglichen Ausdruck den Kaiser gemeint habe. Der Staatsanwalt hatte „nur" vier Monate beantragt.

Soldatenleben im Frieden. Im „Lüneb. Anz." begegnen wir folgender Annonce der Frau Dragoner-Leutnant von Schuckmann:

Suche zum 1. April eine Köchin, die mit Hilfe der Burschen die Hausarbeit zu machen hat. Schriftliche Meldungen erbeten. Gehalt nach Uebereinkunft. Frau von Schuckmann, geb. von Schuckmann, Frommestraße 2.

Die Frau Leutnant hat also zwei Burschen zur Verfügung für die Hausarbeit. Und dabei klagt man noch immer, daß die zweijährige Dienstzeit nicht ausreicht für die militärische Ausbildung.

Der Augsburger Aufruhrprozeß vor dem Schwurgericht. Vor dem Schwurgericht in Augsburg begann Montag der Aufruhrprozeß. Zu verantworten haben sich 13 Personen, darunter der Gasthofbesitzer Erhard Kuhnlein und der Maurer Georg Mehringer. Letzterer soll angeblich einer der Rädelsführer sein. Sämmtliche Personen sind angeklagt wegen je eines Vergehens des Aufruhrs. Ferner haben Einzelne Drohungen und Beleidigungen ꝛc. gegen die Polizei ausgestoßen. Als Vertheidiger stehen den Angeklagten fünf Rechtsanwälte zur Verfügung. Darunter befinden sich die vom ersten Prozeß her bekannten Münchener Anwälte Dr. Bernheim und Bernstein. Gegen zweihundert Zeugen sind geladen; darunter eine Menge Polizeibeamten. Vormittags fand die Verlesung der Anklageschrift, Feststellung der Personalien und das Verhören von vier Angeklagten statt. Nachmittags wurden die anderen 9 Angeklagten verhört.

Von einer Soldatenmißhandlung, die sich bei dem in Oschatz garnisonirenden Ulanenregiment zugetragen haben soll, erzählen die „Zwickauer Neuesten Nachr." nach einem Briefe. Der Schreiber des Briefes berichtet: Am letzten Sonntag (gemeint ist wohl der 7. d. M. D. Red.) kam es in Lonnewitz bei Oschatz zu einer Schlägerei zwischen Zivilisten (meist Stallschweizern) und Ulanen. Hierbei wurde Ulan N. von der 5. Eskadron schwer am Kopfe verletzt. Er hatte zwar Abends noch allein nach Hause gehen können

Eine neue Judith.

Roman von H. Rider-Haggard.
Autorisirte Uebersetzung a. d. Englischen von Natalie Rümelin.

(17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Danke, mein Junge, danke. Ich spreche nicht gerne viel über diese Dinge, aber wie ich schon sagte, ich werde alt, und der Allmächtige kann mich jeden Tag zur Rechenschaft ziehen; wenn er es thut, verlasse ich mich darauf, daß Sie sich der beiden Mädchen annehmen. Wir leben in einem wilden Land, und man weiß nie, was sich von einem Tag zum andern ereignen kann, und die Kinder könnten es nöthig haben. Manchmal wünschte ich, ich wäre das Gut los. Nun aber gehe ich zu Bett, es ist mir gerade zu Muthe, als hätte ich mein Tagewerk in der Welt vollbracht. Ich werde schwach, John, glauben Sie mir!"

Von da an nannte er ihn immer John.

Von Jeß hörten sie nur wenig; sie schrieb zwar jede Woche und erstattete genauen Bericht über alles, was sich in Pretoria begab, und über ihre täglichen Beschäftigungen, aber sie gehörte zu den Menschen, deren Briefe lediglich nichts von ihnen selbst und dem, was in ihnen vorgeht, enthalten. Man hätte ebensogut „Unser Pretoriabrief" darüber schreiben können, wie Bessie mißmuthig sagte, als sie drei Blätter in Jeß sonderbarer, aufrechter Handschrift durchgelesen hatte. „Haben Sie Jeß einmal aus den Augen verloren," fuhr sie fort, „so könnte sie für Sie ebensogut nicht mehr am Leben sein, so wenig erfahren Sie von ihr. Damit will ich indessen nicht behaupten, daß man viel von ihr erfährt, wenn sie bei einem ist," setzte sie nachdenklich hinzu.

„Ja, sie ist ein eigenartiges Mädchen," sagte John ernst. Anfangs hatte er sie sehr vermißt, denn eigenartig wie sie ohne Frage war, hatte sie eine neue Saite in ihm berührt, deren Dasein er bisher nicht gewahr geworden war. Und was mehr ist, diese Saite hatte einst kräftig wiedergetönt bei ihrer Berührung; aber nun verklang sie leise, wie eine Harfe, deren Saiten der Spieler nicht mehr anschlägt. Wäre sie noch eine oder zwei Wochen dageblieben, so hätte der Eindruck ein dauernder werden können.

Aber Jeß war gegangen und Bessie nicht. Im Gegentheil, sie war immer um ihn und umgab ihn mit jener zärtlichen Sorge, mit der eine Frau, wenn nicht unbewußt, den Mann überschüttet, den sie liebt. Ihre Schönheit erhellte das Haus wie ein Lichtstrahl den Garten; denn lieblich war sie in der That, und ebenso rein und gut. John konnte über ihre Vorliebe für ihn auch nicht lange im unklaren bleiben. Er war kein eitler Mann — eher das Gegentheil — aber er war auch nicht blind, und es muß gesagt werden, daß Bessie, wenn sie auch nie die Grenzen mädchenhafter Zurückhaltung überschritt, sich doch gar keine Mühe gab, ihre Neigung zu verbergen. Nicht als ob sie den halb göttlichen, die Seele versengenden Hauch der Leidenschaft besessen hätte, der ihre Schwester erfüllte — er ist nur selten zu finden, und alles in allem genommen, ebensowenig wünschenswerth und tauglich für die gewöhnlichen Bedingungen des Alltagslebens, als er häufig ist. Aber sie war nach junger Mädchen Art zärtlich und treu in der Liebe, und mit dem gewöhnlichen Maßstab gemessen, wäre ihre Leidenschaft als eine tiefe erfunden worden. Mochte dem aber sein, wie es wollte, jedenfalls war sie unzweifelhaft darauf vorbereitet, John Niel eine treue und liebevolle Gattin zu sein, sobald er sie bitten würde, dies zu werden.

Und im Lauf der Tage und Wochen — obgleich John natürlich nichts von alledem wußte — wurde es für ihn eine ernste Frage, ob er um sie werben solle. Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei, besonders nicht in Transvaal, und es war für ihn ein Ding der Unmöglichkeit, Tag für Tag an so viel Schönheit und Anmuth vorüberzugehen, ohne zu denken, daß es gut wäre, das Band, das sie vereinte, fester zu schlingen. Wäre John ein unerfahrener junger Mann gewesen, so hätte er der Versuchung schon eher erliegen müssen; doch er war weder jung noch unerfahren. Zehn Jahre mochte es her sein, daß er sich, wie man sagt, die Finger gründlich verbrannt hatte, und eine lebhafte Erinnerung an diesen Unfall hatte sich ihm bisher als ein sehr gutes Schutzmittel bewiesen. Außerdem war er auch in dem Lebensalter angelangt, in dem ein Mann reiflich überlegt, ehe er sich der Heirathslust blindlings überläßt. Mit dreiundzwanzig Jahren sind die meisten Männer geneigt, um eines hübschen Gesichtes willen die überwältigendsten Lasten, Gefahren und Sorgen auf sich zu nehmen, aber mit dreiunddreißig Jahren sehen sie die Sache anders an. Die Versuchung mag noch so groß sein, es spricht immer allerlei dagegen, und selbst dann wissen wir noch nicht sicher, ob wir auch die ganzen Folgen übersehen. Dies sind die schwarzen Gedanken, die die Brust selbstsüchtiger Männer erfüllen, zum großen Nachtheil des Heirathsmarktes, und mag es John Niel in den Augen derer, die diesen Theil seiner Lebensgeschichte verfolgen, noch so sehr herabsetzen, es muß im Interesse der Wahrheit eingestanden werden, daß er von solchen Gedanken nicht frei war. Die Sache war die, daß Niel, so hübsch und lieblich Bessie auch war, nicht leidenschaftlich genug in sie verliebt war, um sich kopfüber in die Gefahren der Ehe stürzen zu wollen. Doch wie verdammenswerth vorsichtig ein Mann sein mag, die Versuchung kann immer stark genug für ihn werden, um all seine Pläne über den Haufen zu werfen; auch das stärkste Tau kann reißen, und unsre Widerstandskraft gegen irgend eine gegebene Richtung hängt lediglich von der Stärke der Versuchung ab, der wir ausgesetzt sind. So sollte es auch unserm Freund John Niel bestimmt sein.

Etwa eine Woche nach seiner Unterredung mit Sila Croft fiel es John auf, daß Bessies Wesen sich kürzlich auffallend verändert hatte.

Es war ihm, als ob sie seine Gesellschaft vermeide, statt wie früher eine gewisse Vorliebe für dieselbe zu zeigen. Außerdem hatte sie auch blaß und sorgenvoll ausgesehen

und sich unter Beistand seiner Kameraden das Blut abgewaschen, vermochte aber am Morgen nicht aufzustehen. Sein Berittführer, Unteroffizier T., gerieth darüber in Aufregung, ging hin, warf den Halbohnmächtigen aus dem Bette, schleppte ihn mit in's Haus und meldete ihn beim Rapport dem Wachtmeister als betrunken. Der Wachtmeister behandelte den Ulanen wenig freundlich, er schrie ihn laut an und stieß ihn mit dem Fuß so heftig, daß N. zusammenbrach. Als ihn zwei andere Ulanen wegtragen wollten, wies sie Unteroffizier T. zurück, drohte sie festnehmen zu lassen, wenn sie ihn anfassen würden und jagte sie zum Stalldienst; N. aber mußte, blos mit Hemd und Unterhose bekleidet, auf dem kalten Steinpflaster liegen, bis ihn der Schwadronsschuhmacher, welcher den Stalldienst nicht mitmachte, fortschleppte und ins Bett brachte, wo der Kranke ohnmächtig liegen blieb. Um halb elf Uhr kam Unteroffizier T. wieder, holte N. aus dem Bett, zerrte ihn in die Stube, goß ihm hier einen Eimer Wasser direkt von der Leitung über den Kopf und ließ ihn auf dem Boden liegen, bis sich die Kameraden, welche später hinzukamen, seiner erbarmten und ihn wieder in's Bett schafften. — Später wurde N. in's Lazareth gebracht; der Arzt stellte Gehirn- und Rückenmarksentzündung fest und zweifelt an dem Aufkommen des Patienten. Anzeige gegen den Unteroffizier und den Wachtmeister ist erstattet worden. Der Eine von ihnen soll schon früher wiederholt in höchst brutaler Weise aufgetreten sein. — Dazu bemerkt das „Oschatzer Tageblatt": Diese Mittheilungen sind, so weit sie sich auf die Handlungsweise des Unteroffiziers T. beziehen, zweifellos richtig. Dagegen bestreitet der Wachtmeister der 5. Schwadron den ihm zur Last gelegten Fußtritt und beabsichtigt, wie er uns gegenüber erklärte, gegen den Gewährsmann der „Ziv. N. Nachr." Strafantrag zu stellen. Der Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen hat, was übrigens ganz natürlich ist, in Sachsen die Soldatenmißhandlungen nicht hintanzuhalten vermocht.

Amtlich bescheinigte Langeweile. Einen unangenehmen Ausgang hat eine Klage des „Königshütter Tageblatts" gegen einen Berliner Schriftsteller gehabt. Der Unglückliche hatte sich zu der Aeußerung hinreißen lassen, das „Königshutter Tageblatt" sei „bodenlos langweilig." Der Redakteur des Blattes strengte gegen den Schriftsteller die Beleidigungsklage an. Das Schöffengericht erkannte jedoch auf Freisprechung und legte Kläger sämmtliche Kosten zur Last mit der Begründung: daß in der inkriminirten Bemerkung wohl ein Tadel, aber nicht eine Beleidigung zu erblicken sei.

Was ein Minister kostet. Oesterreichische Blätter stellten kürzlich eine recht interessante Rechnung auf über die Kosten, die der jüngst verstorbene Graf Hohenwart seinem Vaterlande verursacht hat. Graf Hohenwart war im Jahre 1871 Minister; seine Amtszeit dauerte aber nur etwa acht Monate. Dafür bezog er dann später eine Pension von 8400 fl. Bis zu seinem Tode machte das die stattliche Summe von 235 000 fl. aus. Außerdem bekam der Exminister aber auch noch eine fette Sinekure, wie das gewöhnlich so der Fall zu sein pflegt. Graf Hohenwart wurde zum Präsidenten des obersten Rechnungshofes ernannt und bezog als solcher jährlich ein Gehalt von 12 000 fl. Da er außerdem noch lange Jahre hindurch Diäten als Reichsrathsabgeordneter erhielt, hat er alles in allem dem Staate mehr als 570 000 fl. gekostet.

Der Islam und die Emanzipation der Frau. Man schreibt der „Frankf. Ztg.": Kassem Amin Bey, Rath am Appellgericht zu Kairo, hat unlängst zu Gunsten der Stellung der mohammedanischen Frau in arabischer Sprache ein Buch geschrieben, dessen Gedankengang er in der „Asiatic Quarterly Review" in englischer Sprache wiederholt. Fünf Forderungen stellt der Vorkämpfer für die Rechte der Muselweiber: 1) Unterricht und Erziehung, 2) Selbständigkeit in Handlungen, Gedanken und Gefühlen, 3) Freiheit in der Gattenwahl, 4) Beschränkung des Repudiationsrechtes des Gatten und Zutheilung eines gleichen Rechtes an die Frau; formeller Scheidungsprozeß, 5) Gesetzliches Verbot der Polygamie (Vielweiberei). In seiner Begründung sind die interessantesten Punkte die, daß die Unterdrückung der Mohammedanerin nicht dem Propheten und dem Koran zuzuschreiben ist, sondern alten Sitten und Gebräuchen derjenigen Völker, die den Glauben Mohammed's zuerst angenommen haben. Der Koran sagt ausdrücklich: „Das Weib hat ebensoviel Rechte als Pflichten." „Eine der Wohlthaten, die Gott dem Manne erwiesen hat, ist die, daß er das Weib ihm geschaffen und Mann und Weib zu dem Zwecke vereinigt hat, daß sie sich gegenseitig lieben und unterstützen. „Erinnert euch der feierlichen, euern Weibern gegebenen Versprechen." So ist auch die Verschleierung keine Vorschrift des Islam, der nur bemerkt: „Sage auch den weiblichen Gläubigen (wie vorher den Männern), daß sie die Augen niederschlagen, ehrsam leben und Fremden nur das Sichtbare des Körpers zeigen." Das „Sichtbare" hat der Text nicht erklärt. Die Ulemas sind einig, daß Gesicht und Hände dazu gehören; über Arme und Füße ist Streit. Auch die Trennung von Mann und Weib im Verkehr und in der Wohnung ist nicht Koran-Vorschrift; sie ist nur durch Weiterauslegung einer Stelle entstanden, worin die Weiber des Propheten von Besuchern abgeschlossen werden sollen. Für diese heißt es: „Bleibet in eurem Hause; wer mit euch spricht, soll durch eine Wand geschieden sein." Aber der Satz: „O Weiber des Propheten, ihr sollt nicht sein wie andere Frauen, blieb unberücksichtigt. Tausendjährige Gewohnheit und mohammedanischer Despotismus haben das orientalische Weib zu Boden gedrückt; vielleicht bringt das neue Jahrhundert auch ihm die Erhöhung. Sie kann nur von den hervorragenden Islamiten selbst kommen; wünschen wir daher, daß Kassem Amin Bey viele Nacheiferer findet.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 14. bis 20. Januar 1900.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

8. Januar. Arbeiter Johann Joachim Carl Stapelfeldt. Arbeiter Johann Friedrich Theodor Langhof. Schlosser Franz Wilhelm Heinrich Eschenhagen. 11 Zimmermann Robert Jacob Hermann Lender. 12. Maurer Adolf Gustav August Kleinfeldt. Eisenbahn-Wagenschieber Johann Friedrich Heinrich Theodor Klenz. 13. Arbeiter Hermann Johann Wilhelm Rubien genannt Crull. Arbeiter August Christian Ludwig Sievert. Arbeiter Friedrich Georg Christian Misfeld. 14 Arbeiter Friedrich Johann Carl Hübner. 15. Prokurist Karl Erk Mathias Debus. Arbeiter Johann Joachim Diedrich Schütz. 16. Maschinenarbeiter Johann Heinrich Friedrich Wille. Heizer Johannes Christoph Christian Lühr. Musiker August Matthias Karl Fischer. 17. Korsschneidergehülfe Asmus Rudolf Christian Fock. Fuhrmann Ernst Peter Heinrich Hans Klatt. Maler Hermann Heinrich Theodor Beiss. Buchhalter Hermann Adolf Möller. Maler Ernst Heinrich Wilhelm Lorenz. 18. Gartenarbeiter Ernst Joachim Heinrich Warnck. 19. Bäcker Max Richard Oskar Fajs.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

4. Januar. Feuerwehrmann Fritz Joachim Johann Dube. 8. Physikus Dr. med. Otto Carl Friedrich Ferdinand Riedel Schuhmacher Johann Heinrich Christoph Bädke. Bauunternehmer Christian Joachim Christopher Wehling. 9. Bauführer August Christopher Krohn. Chemiker Carl Heinrich Wilhelm Meins. 11. Schneider Friedrich Wilhelm Pahlow. 12. Arbeiter Karl Johann Friedrich Berger. Schmied Friedrich Johann Apfel. Bierfahrmann Wilhelm Johann Heinrich Lienshöft. 13 Assistent bei der Ortskrankenkasse Emil Max Frohberg. Arbeiter August Christian Ludwig Sievert. Vice-Feldwebel Gustav Julius Theodor Kaliski. Arbeiter Johann Heinrich Friedrich Fischer Maschinenschlosser Joachim Heinrich Wulf. Tabackspinner Carl Heinrich Johannes Sandgaard. 14. Arbeiter Wilhelm Friedrich Dahm. Heizer Johann (Jan) Joskowiak. Brodhändler Johann Friedrich Zahmel. Lokomotivheizer Johannes Friedrich Wilhelm Ramm. Schänkwirth Johann Carl Franz Jürss. Arbeiter Hans Joachim Mayborg. Arbeiter Hermann Gustav Rekow. 15. Kutscher August Heinrich Albert Warnemann. Arbeiter Johann Friedrich Ditz Milchfuhrmann Hinrich Friedrich Christian Hagedorn. Tischler Otto Heinrich Theodor Flint. 16. Revisions-Aufseher Friedrich Ernst Ludwig Stier. Bäcker Friedrich Krüger. Arbeiter Friedrich Adolph Christian Martin Koop. 17. Bäcker Carl Martin Helmuth Stier. 18. Kunstgärtner Wilhelm Hinrich Wutzen.

Sterbefälle.

14. Januar. Christine Catharine geb Trätau, verw. Spethmann und Muus, Ehefrau des Schiffskochs Mathias Asmus Hinrich Hellmann, 71 J. Christine Marie geb. Dose, Ehefrau des Bierhändlers Christian Carl Theodor Langwitz, 37 J. Früherer Ziegler Johann Joachim Christian Fasel, 74 J. Privatmann Johann Friedrich Eckstein, 78 J. 15. Andreas Ferdinand Eckmann, 2 J. Editha Elfriede Alma Wohlert gen. Orbahn, 3 M. Richard Rickmann, 1 M Fabrikarbeiter Gustav Albin Rau, 30 J. (Trems). Privatier Jürgen Sievers, 60 J Margarethe Christina Dorothea Hartung, 80 J. 16. Postschaffner a. D. Heinrich Friedrich Christian Hermann Ohms, 80 J. Krämer Johann Heinrich Christian Städer, 45 J. (Wilhelmshöhe). Catharina Maria Dorothea geb. Hagen, Wittwe des Bureaubeamten Jochim Gotthard Friedrich Kipp, 80 J. 17. Catharina Friederike Elisabeth geb. Bruse, Wittwe des Arbeiters Jochim Hinrich Asmus Sebke, vorher verw. Bönke, 42 J. Catharina Christiane Johanna geb. Güchting gen. Hellberg, Ehefrau des Privatmannes Hermann Carl Johann Bendt, 64 J. C. Th. Ch. J. Plagmann, 2 M. Handlungsgehülfe Arthur Kattner, 26 J. Steinhauer Heinrich Christian Andreas Stünberg, 71 J. Kaufmann Carl Friedrich Wessel, 53 J. Ein Knabe, 9 Stunden, V.: Fuhrmann Ernst Peter Heinrich Hans Klatt. 18. Dorothea Sophie Marie geb. Wötzlert, Ehefrau des Arbeiters Fritz Soltau, 53 J. Marie Elise Häger, 1 J. 6 M. 19. Frieda Maria Olga Greßmann genannt Scharnweber, 21 T. Eisenbahn-Betriebs-Sekretär Johann Heinrich Maack, 52 J. Heinrich Friedrich Wilhelm Böttcher, 9 M. Adolf Carl Conrad Krogmann, 7 M. Christina Margaretha Dorothea geb. Grebe, Wittwe des Kaufmannes August Franz Gottfried Lauckhals, 88 J. Drechslermeister Louis Robert Böger, 45 J. 20. Ein todtgeb. Mädchen, V.: Gärtner Carl Ludwig Steffens. Martha Wilhelmine Marie Jahnke, 11 M.

Angeordnete Aufgebote.

Januar 15. Schmiedegeselle Wilhelm Malte Johann Kamradt zu Kiel und Auguste Josephine Wilhelmine Friederike Weber zu Rosenhagen. Tapeziergehülfe Friedrich Wilhelm Ludwig Geist und Bertha Maria Elise Beuthien zu Travemünde. 16. Lagermeister Johannes Carl Friedrich Mindorf und Hannchen Catharina Amalia Dora Kiers zu Hamburg. Seemaschinist Peter Gustav Ernst Glindemann zu Hamburg und Ella Friederike Johanna Herrlich. 17. Schmied Franz Robert Keeding und Henriette Marie Catharina Muhs. Registrator Max Johannes Jakob Gosau und Gisa Marie Louise Kayserling zu Altona. 18. Maurer Ernst Emil Ferdinand Basch und Friederike Sophie Wilhelmine geb. Dräger, des Arbeiters Johann Heinrich Christoph Ketelhohn gesch. Ehefrau. Maurer Carl Hermann Martin Georg Luckmann und Henriette Margarethe Bertha Neieudorf. Arbeiter August Johann Heinrich Warnke und Amalie Maria Dorothea Kröplin zu Grevesmühlen. 19. Schlosser Gustav Albin Leopold zu Altona und Anna Dorothea Julie Derlin. Bezirksschullehrer Friedrich Wilhelm Otto Klebömer zu Groß-Schretstaken und Anna Sophie Henriette Blohm. Arbeiter Wilhelm Johann Friedrich Schöning und Elise Maria Dorothea Will. Fabrikarbeiter Carl Heinrich Eduard Glade und Elsa Elfriede Dorothea Jess, beide zu Pinneberg. 20 Arbeiter Christian Gottlieb Heinrich Eggers und Elisabeth Sophia Magdalena Catharina geb. Schwarz, des Arbeiters Johann Heinr. Wilh. Reincke Wittwe. Tischlergeselle Joseph Jandzko und Pauline Hruzik, beide in Mechnitz.

Eheschließungen.

Januar 16. Gärtner Carl Hermann Friedrich August Robert Störr zu Moisling und Marie Cathinka Johanna Schwartz. Maurer Friedrich Ferdinand Wilhelm Julius Meincke und Auguste Elisabeth Friederike Julie Petersen. Schornsteinfeger Peter August Hinrich Grube und Hedwig Friederike Marie Catharine Rudolph. 18. Weinhändler Richard Carl John Peter Raddatz zu Dresden und Bertha Luise Emma Engelhard. 19. Arbeiter Hermann Albert Wilhelm Müller und Caroline Maria Elisabeth geb. Kaeselau, des Arbeiters Carl Peter Christian Derlien Wittwe. Arbeiter Heinrich Johann Friedrich Beeck und Apollonia Eleonore Maria Liermann. Tischler Wilhelm Johann August Friedrich Moll und Emma Johanna Friederike Börth. 20. Zimmerpolier Ernst August Emil Burmeister und Sophie Mosler. Schlosser Berthold Heinrich Christian Fischer und Mathilde Louise Charlotte Piepjung. Steindruck-Maschinenmeister Julius Maria Louis Hermann Appel und Emma Dorothea Pauline Asmus. Arbeiter Heinrich Friedrich Johann Bölzer zu Vorwerk und Louise Doris Betty Lüth zu Rehna. Arbeiter Hans Joachim Heinrich Wegener und Anna Helene Catharina Luise Boynhof zu Palingen. Kunstgärtnergehülfe Hans Johann Carl Christian Beckmann und Alma Anna Elise Friederike Henriette Sielaf. Photograph Hermann Carl Wilhelm Boldt und Rosa Amalie Friederike Köller. Klempner Hans Carl Paul Franz Koch und Dorothee Catharine Elise Lehmkuhl. Gärtner Eugen Ernst Kuno Lissack und Anna Marie Elisabeth Fehlhaber.

---

und eine Reizbarkeit gezeigt, die ihrem von Natur sanften Wesen sonst fremd war. Wenn nun aber eine Person, von der man bezüglich all der kleinen Freundlichkeiten, die der Angehörige des einen Geschlechts bei dem des andern im geselligen Verkehr zu schätzen weiß, abhängig ist, sich ohne allen Grund und Veranlassung zurückzieht, so reicht das hin, ein Gefühl der Verwunderung, ja selbst der Unlust in dem Betroffenen zu erwecken. Der Gedanke, daß der Grund vielleicht darin zu suchen sei, daß Bessie ihn wirklich liebe und vielleicht, ohne daß sie sich darüber klar wurde, enttäuscht darüber war, daß er ihr kein wärmeres Interesse zeige, fiel John nie bei. Wäre er aber der Sache näher auf den Grund gegangen, so wäre ihm dies als die wahrscheinlichste Erklärung der Veränderung Bessis erschienen. Bessie war eine gerade Natur, und ihr Herz und ihre Absichten waren so klar wie fließendes Wasser. Sie war ärgerlich über John — obgleich sie dies nicht einmal sich selbst eingestanden, und dies spiegelte sich in ihrem Benehmen wieder.

„Bessie", sagte John eines schönen Abends, „Bessie", — er nannte sie jetzt immer Bessie — „ich gehe nach der Watpflanzung hinüber, ich will sehen, wie die jungen Bäume stehen. Ich wollte, Sie setzten, wenn Sie mit Ihrer Kocherei fertig sind" — Bessie war gerade mit Kuchenbacken beschäftigt — „Ihren Hut auf und kämen mit. „Ich glaube, Sie sind heute den ganzen Tag noch nicht draußen gewesen."

„Danke schön, Kapitän Niel, ich fühle heute kein Bedürfniß, auszugehen.

„Warum nicht?" fragte er.

„Oh, ich weiß nicht — weil es zu viel zu thun giebt. Wenn ich fortgehe, verbrennt mir das einfältige Mädchen hier den Kuchen," und sie deutete auf ein „Kafir intambi" (ein junges Kaffernmädchen), das, in einen blauen Rock gekleidet und mit einer Feder in seinem wolligen Haar, lebhaft damit beschäftigt war, die Fliegen an der Wand anzustarren und an ihren schwarzen Fingern zu lutschen. „Man braucht," fügte sie, leicht mit dem Fuße stampfend, hinzu, „wirklich eine Engelsgeduld, um die Dummheit dieses Mädchens zu ertragen. Gestern zerbrach sie die größte Schüssel von unserm Service und brachte mir dann grinsend die Scherben und bat mich, sie wieder ganz zu machen! Die weißen Leute seien ja so klug, meinte sie, es werde mir keine Mühe verursachen. Die Weißen hätten es ja auch verstanden, die weiße Schüssel zu machen und Blumen darauf wachsen zu lassen, da müßte es ihnen doch gewiß auch ein Leichtes sein, Scherben wieder zusammenzuleimen. Ich wußte nicht, ob ich lachen oder weinen oder ihr etwas an den Kopf werfen sollte."

„Da sieh her, Mädchen," sagte John, faßte die Sünderin am Arm und führte sie feierlich vor den offenen Backofen, „wenn du den Kuchen verbrennen läßt, solange die Inkosikaas (Herrin) fort ist, stecke ich dich, wenn ich zurückkomme, in den Ofen, damit du mit dem Kuchen verbrennst. Ich habe erst im vorigen Jahr in Natal auf diese Weise ein Mädchen gebacken, und als sie wieder herauskam, war sie ganz weiß."

Bessie übersetzte diese teuflische Drohung, worauf das Mädchen mit dem ganzen Gesicht grinste und in friedlicher Ergebung „Koos" (Herr) flüsterte. Ein Kaffernmädchen läßt sich an einem angenehmen Nachmittag nicht durch die Aussicht beunruhigen, bei Sonnenuntergang gebacken zu werden — ist's doch noch so lange bis dahin, außerdem kannten die Eingeborenen in Mooifontein John schon ganz genau. Seine Drohungen waren bedeutend fürchterlicher als ihre Ausführung. Einmal hatte er mit einem großen Burschen, der darauf fußend sich etwas herausnehmen wollte, einen regelrechten Streit auszufechten; da er demselben aber eine gesunde Tracht Prügel zu Theil werden ließ, hatte er sich seither über nichts derartiges mehr zu beklagen gehabt.

„Nun," sagte er zu Bessie, „haben wir hinreichend für die Sicherheit Ihrer Kuchen gesorgt, jetzt wollen wir gehen."

„Danke schön, Kapitän Niel," antwortete ihm Bessie, ihn in ihrer bezaubernden Weise anblickend, „danke schön, aber ich möchte lieber nicht spazieren gehen." Dies sagte ihr Mund, aber ihre Augen fügten hinzu: „Du hast mich beleidigt, ich will nichts mehr mit dir zu thun haben."

„Sehr wohl," sagte John, „dann muß ich eben allein gehen," und mit der Miene eines Märtyrers nahm er seinen Hut.

Bessie blickte durch die offne Küchenthür auf die Lichter und Schatten, die auf dem schwellenden Hügel hinter dem Hause tanzten.

„Es ist allerdings sehr schön," sagte sie, „gehen Sie weit?"

„Nein, nur nach der Pflanzung."

„Dort giebt es so viele Puffnattern, und ich hasse die Schlangen," wandte Bessie ein, um eine andre Ausrede für ihr Nichtmitgehen zu finden.

„Oh, kommen Sie nur, ich will mit den Puffnattern schon fertig werden."

„Gut," sagte sie, langsam ihre Aermel herabziehend, die während des Kuchenbackens aufgestülpt gewesen waren, „ich will mitgehen, nicht weil ich Lust dazu habe, sondern weil Sie mich überredet haben. Ich weiß nicht, was mit mir vorgegangen ist," fügte sie plötzlich ärgerlich hinzu, während sich ihre blauen Augen mit Thränen füllten, „ich scheine gar keinen eignen Willen mehr zu besitzen. Wenn ich etwas thun will und Sie verlangen das Gegentheil, so muß ich mich Ihrem Willen fügen, und ich sage Ihnen, Kapitän Niel, ich mag das nicht und werde während des Spazierganges sehr mißmuthig sein." Damit schwebte sie, um ihren Hut zu holen, in jener eigenthümlich anmuthigen Weise an ihm vorbei, die ärgerliche Damen oft anzunehmen verstehen, und ließ ihn mit dem Gedanken zurück, daß er weder in noch außerhalb Europas je ein reizenderes oder einnehmenderes Wesen gesehen habe.

Er war halb entschlossen, es zu wagen und sie um ihre Hand zu bitten, aber vielleicht würde sie ihn abweisen und das war ein Gedanke, der ihm nicht gefallen wollte. Wenn die erste Jugend vorüber ist, finden nur wenige Männer Geschmack an dem Gedanken, einer launischen Frau Gelegenheit zu geben, sie, bildlich gesprochen, mit Füßen zu treten, und dann vielleicht noch dem Spott und der Verachtung ihrer Freundinnen, Verwandten und andrer Verehrer preiszugeben, denn unglücklicherweise sind die meisten Männer geneigt, bis das Gegentheil unzweideutig bewiesen ist, die Mehrzahl der Frauen für launisch, oberflächlich und unzuverlässig zu halten, und John Niel gehörte, wegen der unglücklichen kleinen Erfahrung, die er gemacht, auch in die Reihen dieser irregeführten Männer. (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck